



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 13.3.2009
K(2009) 1612 endgültig

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 13.3.2009

zur Genehmigung des Mehrjahresprogramms für den Zeitraum 2008-2013 und des Jahresprogramms 2008, die Deutschland im Rahmen des Europäischen Rückkehrfonds vorgelegt hat, sowie der Kofinanzierung aus diesem Fonds zugunsten Deutschlands für das Jahr 2008

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 13.3.2009

zur Genehmigung des Mehrjahresprogramms für den Zeitraum 2008-2013 und des Jahresprogramms 2008, die Deutschland im Rahmen des Europäischen Rückkehrfonds vorgelegt hat, sowie der Kofinanzierung aus diesem Fonds zugunsten Deutschlands für das Jahr 2008

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“¹, insbesondere auf Artikel 19 Absatz 5 und Artikel 21 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 3. März 2008 unterbreitete Deutschland der Kommission den Entwurf eines Mehrjahresprogramms für den Zeitraum 2008-2013. Die überarbeitete und endgültige Fassung ging am 20. Oktober 2008 ein. Sie beinhaltet die in Artikel 19 Absatz 1 der Entscheidung Nr. 575/2007/EG vorgeschriebenen Bestandteile. Die Kommission hat die endgültige Fassung gemäß Artikel 19 Absatz 3 der Entscheidung Nr. 575/2007/EG sowie ihre Vereinbarkeit mit der Entscheidung 2007/837/EG der Kommission vom 30. November 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2008 bis 2013² geprüft.
- (2) Am 18. April 2008 unterbreitete Deutschland der Kommission den Entwurf eines Jahresprogramms für 2008. Nach Überarbeitung dieses Entwurfs ging die endgültige Fassung am 20. Oktober 2008 ein. Sie wurde in Übereinstimmung mit dem Mehrjahresprogramm erstellt und beinhaltet die in Artikel 21 Absatz 3 der Entscheidung Nr. 575/2007/EG vorgeschriebenen Bestandteile.
- (3) Am 12. Oktober 2007 unterbreitete Deutschland gemäß Artikel 32 Absatz 2 der Entscheidung Nr. 575/2007/EG eine Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme, die die dort vorgeschriebenen Elemente enthält. Die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wurden einer Prüfung unterzogen. Am 21. August 2008 ging eine überarbeitete Beschreibung ein.

¹ ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 45.

² ABl. L 330 vom 15.12.2007, S. 48.

- (4) Es gilt festzuhalten, in welcher Höhe der Mitgliedstaat eine Kofinanzierung erhält.
- (5) Der letzte Tag der Förderfähigkeit der Ausgaben ist gemäß den Ziffern I.4 und V.3 des Anhangs XI der Entscheidung 2008/458/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 575/2007/EG³ festzulegen.
- (6) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des durch Artikel 56 Absatz 1 der Entscheidung Nr. 574/2007/EG⁴ eingesetzten Ausschusses -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das von Deutschland für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2013 vorgelegte Mehrjahresprogramm, das dieser Entscheidung als Anhang 1 beigelegt ist, wird genehmigt.

Artikel 2

Das von Deutschland für 2008 vorgelegte Jahresprogramm, das dieser Entscheidung als Anhang 2 beigelegt ist, wird genehmigt.

Artikel 3

Für das Haushaltsjahr 2008 wird aus dem Europäischen Rückkehrfonds ein Kofinanzierungsbetrag von insgesamt 4 184 171,18 EUR bereitgestellt.

Artikel 4

Im Rahmen des Jahresprogramms 2008 sind Ausgaben für Maßnahmen bis zum 31. Dezember 2009 und Ausgaben für technische Hilfe bis zum 30. September 2010 förderfähig.

Artikel 5

Für das deutsche Jahresprogramm 2008 gilt diese Entscheidung als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften⁵ und von Artikel 90 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG,

³ ABl. L 167 vom 27.6.2008, S. 135.

⁴ ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 22.

⁵ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1525/2007 des Rates (ABl. L 343 vom 27.12.2007, S. 9).

Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften⁶.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 13.3.2009

*Für die Kommission
Jacques BARROT
Vizepräsident*



⁶

ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 478/2007 der Kommission (ABl. L 111 vom 28.4.2007, S. 13).

ANHANG 1

Mehrjahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 2008-2013

- Annex 1 -

Mehrjahresprogramm

MITGLIEDSTAAT: Bundesrepublik Deutschland

FONDS: Europäischer Rückkehrfonds

ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Abteilung 5

PROGRAMMZEITRAUM: 2008 - 2013

INHALTSVERZEICHNIS

1.	SITUATION IM MITGLIEDSTAAT	4
1.1	DIE LAGE DES LANDES UND DIE SIE BEEINFLUSSENDEN MIGRATIONSSTRÖME	4
1.1.1	Zuwanderung in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	4
1.1.2	„Illegale“ Migration	5
1.1.3	Rechtslage im Bereich der Rückführungen	7
1.1.4	Rechtslage im Bereich der freiwilligen Rückkehr	12
1.1.5	Probleme und Maßnahmen der Rückkehr	13
1.2	DIE BISLANG VOM MITGLIEDSTAAT ERGRIFFENEN MAßNAHMEN	14
1.2.1	Maßnahmen im Bereich der Rückführungen	14
1.2.1.1	Gesetzliche Maßnahmen zur Steuerung der Zuwanderung und zur Erleichterung von Rückführungen	14
1.2.1.2	Behördliche/polizeiliche Maßnahmen zur Rückführung ausreisepflichtiger Personen	16
1.2.1.3	Transnationale Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union	17
1.2.1.4	Bilaterale und multilaterale Abkommen mit Herkunftsstaaten	20
1.2.1.5	Rückführungen aus Deutschland in Zahlen	20
1.2.2	Maßnahmen im Bereich der freiwilligen Rückkehr	21
1.2.2.1	Rückkehrberatung	21
1.2.2.2	Finanzielle Rückkehrhilfen	23
1.2.2.3	Europäische Programme und Europäischer Flüchtlingsfonds	25
1.2.2.4	Freiwillige Rückkehr in Zahlen	25
1.3	DIE GESAMTEN AUFGEWENDETEN NATIONALEN MITTEL	26
2.	BEDARFSANALYSE IM MITGLIEDSTAAT	27
2.1	BEDARF IM MITGLIEDSTAAT IN BEZUG AUF DIE AUSGANGSSITUATION	27
2.1.1	Bedarf im Bereich der Rückführungen	27
2.1.1.1	Verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit auf nationaler/internationaler Ebene	27
2.1.1.2	Identifizierung und ggf. Beseitigung personenbezogener Rückführungshindernisse	28
2.1.1.3	Verbesserung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten	28
2.1.1.4	Verbesserungsbedarf beim Vollzug der Rückführung	29
2.1.2	Bedarf im Bereich der freiwilligen Rückkehr	29
2.1.2.1	Verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit auf nationaler/internationaler Ebene	29
2.1.2.2	Steigerung der Zahl der freiwilligen Rückkehrer	30
2.1.2.3	Bedarf an gezielter/einzelfallbezogener Rückkehrberatung	30
2.1.2.4	Bedarf an finanziellen Anreizen	31
2.2	DIE KONKRETEN ZIELE DEUTSCHLANDS ZUR BEDARFSDECKUNG	32
2.2.1	Konkrete Ziele im Bereich der Rückführungen	32
2.2.1.1	Verbesserung des Kooperationsverhaltens der Herkunftsländer	32
2.2.1.2	Feststellung der Staatsangehörigkeit und der Identität ausreisepflichtiger Personen	33
2.2.1.3	Bessere Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene	33
2.2.2	Konkrete Ziele im Bereich der freiwilligen Rückkehr	34
2.2.2.1	Förderung der Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr	34
2.2.2.2	Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene	35

3. STRATEGIE ZUR ERREICHUNG DER ZIELE	36
3.1 PRIORITY 1	36
3.2 PRIORITY 2	39
3.3 PRIORITY 3	41
3.4 PRIORITY 4	42
4. VEREINBARKEIT MIT ANDEREN INSTRUMENTARIEN	44
5. GERÜST FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER STRATEGIE	45
5.1 VERÖFFENTLICHUNG DES PROGRAMMS	45
5.2 GEWÄHLTER ANSATZ ZUR IMPLEMENTIERUNG DES PARTNERSCHAFTLICHEN PRINZIPS	45
6. INDIKATIVER FINANZPLAN	46
6.1 GEMEINSCHAFTSBEITRAG	46
6.1.1 Tabelle	46
6.1.2 Anmerkungen zu den Zahlen / Tendenzen	46
6.2 GESAMTFINANZPLAN	47
6.2.1 Tabelle	47
6.2.2 Anmerkungen zu den Zahlen / Tendenzen	47

1. SITUATION IM MITGLIEDSTAAT

1.1 Die Lage des Landes und die sie beeinflussenden Migrationsströme

1.1.1 Zuwanderung in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland nach 1945 ist stark von Migration bestimmt.

Aktuell leben rund 6,7 Millionen Menschen mit ausländischem Pass (Drittstaatsangehörige und EU-Bürger) legal in Deutschland. Das entspricht einem Migrantenanteil von ca. 9 %.

Unter den Zuwanderern in Deutschland lebten zum Stichtag 30. September 2007 über vier Millionen Drittstaatsangehörige mit einem Daueraufenthaltsrecht. Größte Gruppe sind die rund 1,7 Millionen türkischen Staatsangehörigen, gefolgt von Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien (insgesamt rund 921.000) und der ehemaligen Sowjetunion (rund 457.000) ¹

Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der deutschen Gesamtbevölkerung liegt weitaus höher. Neben Personen mit ausländischem Pass gehören auch deutsche Staatsbürger zu dieser Gruppe. Darunter sind Spätaussiedler, Eingebürgerte mit persönlicher Migrationserfahrung sowie auch deren Kinder, die selbst keine unmittelbare Migrationserfahrung aufweisen, zu fassen. Danach umfasst die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland rund 15,3 Millionen, dies entspricht einem Anteil von ca. 19 Prozent an der deutschen Gesamtbevölkerung (Mikrozensus 2005). In einigen westdeutschen Großstädten liegt dieser Bevölkerungsanteil zum Teil bei über 30 Prozent.

Von Mitte der 50er- bis Anfang der 70er-Jahre wanderten insgesamt rund 14 Mio. ausländische Arbeitnehmer („Gastarbeiter“) vorwiegend aus südeuropäischen Staaten sowie aus der Türkei zu, von denen über 11 Mio. das Land wieder verließen. Diese Arbeitsmigration fand 1973 ihr vorläufiges Ende, als im Jahr 1973 in der Bundesrepublik Deutschland ein „Anwerbestopp“ verfügt wurde – als Reaktion auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation („Ölpreisschock“). Der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften wurde seither nur in begrenzten Ausnahmefällen zugelassen. Da viele ausländische Arbeitnehmer jedoch in Deutschland blieben, nahm der Zuzug von Familienangehörigen erheblich zu.

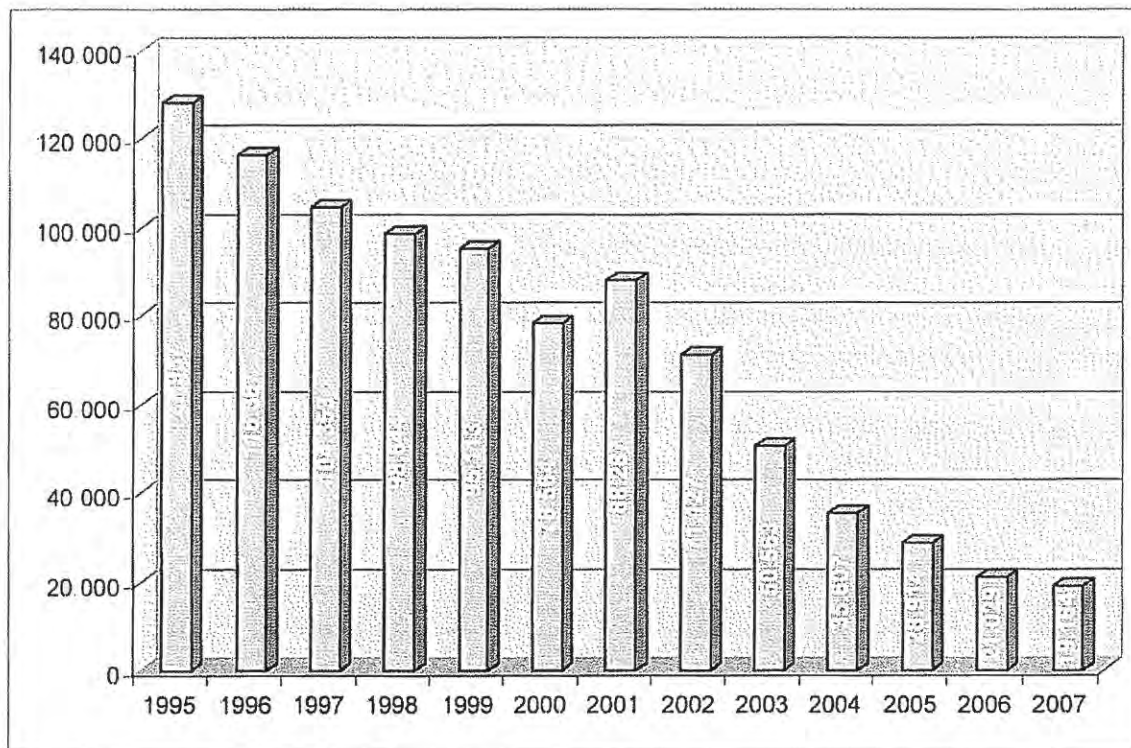
Im Unterschied zu den ausländischen Arbeitnehmern spielten Asylbewerber, die vor allem aus dem Einflussbereich der ehemaligen Sowjetunion kamen, bis Ende der 70er-Jahre quantitativ keine besondere Rolle. Die Asylstatistik weist in dieser Zeit hohe Anerkennungsquoten aus. Mit dem Ende der Systemkonfrontation zwischen Ost und West veränderten sich jedoch Umfang und Herkunft der Flüchtlings- und Asylbewerberströme.

¹ Quelle: Ausländerzentralregister

Als Reaktion auf die von 1987 bis 1992 von 57.000 auf 438.000 Personen gestiegene Zahl der Asylsuchenden wurden das Grundgesetz und das Asylverfahrensgesetz verändert. Vor allem wurde im Jahr 1993 das Konzept der „sicheren Herkunfts- bzw. sicheren Drittstaaten“ („Drittstaatenklausel“) eingeführt.

Seit der Neuregelung des Asylrechts sind die Asylbewerberzahlen in Deutschland nahezu kontinuierlich gesunken. Von über 400 000 in 1992 über rd. 130 000 in 1995 und rd. 80.000 in 2000 auf rd. 20.000 im Jahre 2007.

Asylerstanträge 1995 bis 2007



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1.1.2 „Illegale“ Migration

Die Ursachen, Erscheinungsformen und Verläufe der illegalen Migration sind komplex, und häufig verbinden sich je nach Wanderungsmotiven, Zugangswegen und Aufenthaltswort legalen und illegalen Erscheinungsformen. So kann sich illegale Zuwanderung aus einer ursprünglich legalen Einreise (z. B. mit Besucher-, Touristen- oder Studentenvisum) mit anschließendem illegalem Aufenthalt oder illegaler Beschäftigung ergeben. Bei Flüchtlingen und Asylbewerbern liegt häufig eine illegale Einreise ohne die erforderlichen Dokumente oder eine „scheinlegale“ Einreise mit gefälschten oder verfälschten Dokumenten vor.

Für die Diskussion von Illegalität sind drei Tatbestände des nicht rechtmäßigen Aufenthalts voneinander abzugrenzen:

- ausreisepflichtige Ausländer, die aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden können und denen eine Duldung erteilt worden ist
- ausreisepflichtige Ausländer, die amtlich erfasst sind und die keine Duldung besitzen

- ausreisepflichtige Ausländer ohne Duldung, die den Behörden nicht bekannt sind.

Sofern im Folgenden von Illegalität die Rede ist, handelt es sich um ausreisepflichtige Personen, die keine Duldung besitzen.

Illegale Einreise und illegaler Aufenthalt werden nur fallgruppenweise behördlich erfasst

- a) an Hand der Aufgriffszahlen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen und im Inland oder
- b) durch Rückschluss aus den Asylstatistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

zu a):

Die Aufgriffszahlen staatlicher Kontrollbehörden erfassen grundsätzlich nur die entdeckten Personen, also das sogenannte „Hellfeld“ der Illegalität. Es handelt sich überwiegend um Flüchtlinge, die mit Hilfe von Schleusern ohne Einreisedokumente oder mit gefälschten Einreisedokumenten die Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland überschreiten wollen. Es liegen keine statistischen Daten zum Missbrauch der visumfreien Einreise sowie zu Fällen vor, in denen ein Aufenthalt in Deutschland erst im Anschluss an eine legale Einreise illegal wird.

Die Zahlen von Aufgriffen von unerlaubt eingereisten Ausländern, von Schleusern und geschleusten Personen an den deutschen Grenzen und im Inland sowie von Zurückweisungen an den Grenzen stellen sich für die letzten Jahre wie folgt dar:

Jahr	unerlaubt eingereiste Ausländer	aufgegriffene Schleuser	aufgegriffene Geschleuste	Zurückweisungen
2000	31.485	2.740	10.320	52.257
2001	28.560	2.463	9.194	51.054
2002	22.638	1.844	5.713	47.268
2003	19.974	1.485	4.903	43.957
2004	18.215	1.534	4.751	30.785
2005	15.551	1.232	2.991	15.043
2006	17.992	1.444	3.537	20.329
2007	15.445	1.282	3.345	11.840

Quelle: Bundespolizei

zu b)

Hinweise auf eine unerlaubte Einreise können auch im Asylverfahren gewonnen werden. Die Nachweisquote einer legalen Einreise liegt dort im Jahr 2007 bei unter 5 %, wobei dies auf Grund des unbekannten Dunkelfeldes als Untergrenze zu verstehen ist. Im Rahmen der Reisewegsbefragungen gaben im selben Zeitraum 8,9% der befragten Erstantragsteller an, legal nach Deutschland eingereist zu sein. Viele Flüchtlinge reisen mit Hilfe von Schleusern auf dem Landweg illegal ein, um einen Asylantrag zu stellen.

Hinsichtlich des Gesamtumfangs irregulär aufhältiger Personen in Deutschland scheint Einigkeit dahingehend zu bestehen, dass es bis in die zweite Hälfte der 90er-Jahre vermutlich einen kontinuierlichen Anstieg der Zahlen gab. Die Schätzungen für jenen Zeitraum gaben als absoluten Mindestbestand 100.000 aus und gingen bis zu ca. einer Million Personen. Das entsprach etwa 0,2 % bis 2 % der Erwerbspersonen im Land. Seitdem wird aber von Experten ein Stillstand oder sogar ein Rückgang des Phänomens auf hohem Niveau für wahrscheinlich gehalten.²

Die meisten Indikatoren, die für eine Einschätzung herangezogen werden können (Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern, aufgegriffene Geschleuste, nichtdeutsche illegal aufhältige Tatverdächtige, Asylbewerberzahlen) weisen in den letzten Jahren eine insgesamt sinkende Tendenz auf. Weiterhin haben sich die Zahlen der ausreisepflichtigen Personen im AZR sowie (zumindest zum Teil) der nachgewiesenen illegalen Ausländerbeschäftigung reduziert. Da die Behörden gleichzeitig ihre Kontrollanstrengungen in den letzten Jahren verstärkt haben, kann diese Tendenz als Hinweis darauf gewertet werden, dass sowohl der Zustrom als auch der Bestand an illegal aufhältigen Migranten zurückgegangen sind.³

1.1.3 Rechtslage im Bereich der Rückführungen

Aus Mitteln des Europäischen Rückkehrfonds sollen im Bereich der Rückführungen insbesondere folgende Personen gefördert werden:

- bestands-/rechtskräftig abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber, die über keine Aufenthaltserlaubnis und keine Duldung gem. § 60 a AufenthG verfügen
- sonstige ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige, die die Voraussetzungen für eine Einreise und den Aufenthalt nicht (mehr) erfüllen und nicht freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren
- sonstige ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige, die die Voraussetzungen für eine Einreise und den Aufenthalt nicht (mehr) erfüllen.

Hierfür sind Reisedokumente erforderlich, die – sofern nicht vorhanden – beschafft werden müssen.

Eine Rückführung setzt immer eine **Ausreisepflicht** voraus.

Die Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG) resultiert aus dem Fehlen oder dem nachträglichen Wegfall des benötigten Aufenthaltstitels. Zur Durchsetzung der Ausreisepflicht wiederum ist behördliches Handeln erforderlich.

Das Aufenthaltsgesetz regelt unterschiedliche Formen behördlichen Handelns, um die Ausreisepflicht durchzusetzen.

a) Die Ausweisung:

Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt

² Lederer 2004; Schönwälder et al. 2004; Sinn/Kreienbrink/Loeffelholz 2006.

³ Kreienbrink/Sinn 2006 (Prüfauftrag Illegalität).

(Grundtatbestand nach § 55 Abs. 1 AufenthG). Dies ist nach den konkretisierenden Tatbeständen der §§ 53, 54 und 55 Abs. 2 AufenthG u. a. dann der Fall, wenn der Ausländer erheblich straffällig geworden ist, terroristische Bestrebungen unterstützt bzw. die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Die Ausweisung löst ein Aufenthalts- und Wiedereinreiseverbot aus.

Die Ausländerbehörde prüft, ob Gründe für einen Ausweisungsschutz vorliegen (z.B. wenn der Ausländer eine Niederlassungserlaubnis besitzt und mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aufhältig ist oder wenn er in Deutschland geboren ist oder mit einem deutschen Lebenspartner zusammen lebt, § 56 AufenthG und ähnliche Gründe).

Die Ausweisung ist keine Sanktion, sondern eine ordnungsrechtliche Präventivmaßnahme. In der Regel wird sie mit einer Abschiebungsandrohung verbunden.

b) Die Zurückweisung:

Die Zurückweisung ist ein (grenz-)polizeilicher Verwaltungsakt zur Verweigerung der Einreise, der sofort vollzogen wird. Ein Ausländer wird zurückgewiesen, wenn er unerlaubt einreisen will. Die Zurückweisung kann u. a. erfolgen, wenn ein Ausweisungsgrund besteht oder der begründete Verdacht vorliegt, dass der Aufenthalt nicht dem angegebenen Zweck dient, oder die Einreisebedingungen nach Art. 5 SGK nicht erfüllt sind (§ 15 AufenthG). Mit dieser Maßnahme ist häufig die unmittelbare Vollstreckung verbunden, im Sinne der körperlichen Verweigerung der Einreise oder der Rückführung über die Grenze.

c) Die Zurückschiebung:

Die Zurückschiebung (§ 57 AufenthG) ist eine aufenthaltsbeendende Maßnahme gegen einen Ausländer, der unerlaubt eingereist ist. Sie kann und soll primär in den Staat erfolgen, aus dem der Ausländer in das Bundesgebiet eingereist ist. Zielstaat für die Zurückschiebung ist also der Herkunftsstaat oder jeder andere Drittstaat. Ob der Staat, in den die Zurückschiebung erfolgen soll, zur Übernahme verpflichtet ist, richtet sich unter anderem nach bestehenden Übernahmeabkommen. Unabhängig davon ist der Staat, dessen Staatsangehörigkeit der Ausländer besitzt, völkerrechtlich zur Rückübernahme verpflichtet.

Die Zurückschiebung ist grundsätzlich nur innerhalb einer sechsmonatigen Frist möglich. Unerlaubt eingereiste Ausländer können nicht mehr zurück geschoben werden, wenn sie sich länger als sechs Monate unerlaubt in Deutschland aufgehalten haben – es sei denn, zwischenstaatliche Übernahmeabkommen sehen längere Fristen vor. Nach Fristablauf ist nur die Abschiebung möglich.

d) Die Abschiebung

Die Abschiebung (§ 58 Abs. 1 AufenthG) ist die zwangsweise Durchsetzung der vollziehbaren Ausreisepflicht, wenn die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint. Die Abschiebung ist die tatsächliche Verbringung des Ausländers außer Landes.

Die Abschiebung beginnt mit der Abschiebungsandrohung oder der Abschiebungsanordnung.

Die **Abschiebungsandrohung** wird regelmäßig von der Ausländerbehörde und bei abgelehnten Asylgesuchen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erlassen. Sie geht der Abschiebung

regelmäßig voraus. Sie beinhaltet eine Aufforderung zur Ausreise innerhalb einer bestimmten Frist. Dem Ausländer wird für den Fall, dass er innerhalb der festgesetzten Frist nicht freiwillig ausreist, die Abschiebung angedroht (§ 59 AufenthG; § 34 AsylVfG). Die Abschiebungsandrohung bezeichnet den Zielstaat der Abschiebung. Dagegen kann Widerspruch und Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht erhoben werden.

Von einer Abschiebungsandrohung ist die **Abschiebungsanordnung** zu unterscheiden. Ohne zuvor eine Ausweisung oder eine Abschiebungsandrohung verfügen zu müssen, kann die Abschiebungsanordnung von der obersten Landesbehörde bzw. dem Bundesministerium des Innern zur Abwehr einer besonderen (terroristischen) Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden (§ 58a AufenthG). Die Abschiebungsanordnung ist sofort vollziehbar.

Abschiebungshaft kann als kurzfristige Vorbereitungshaft oder als Sicherungshaft verhängt werden, wenn eine Vereitelung der Abschiebung droht. In jedem Fall muss die Ausländerbehörde, die jeweils den Antrag stellt, einen richterlichen Beschluss beibringen. Für die Durchführung der Abschiebungshaft sind die Bundesländer zuständig. Die Unterbringung erfolgt in Justizvollzugsanstalten oder in einigen Bundesländern in speziell eingerichteten Abschiebungshafteinrichtungen. Die Vorbereitungshaft ist für maximal sechs Wochen zulässig. Die Sicherungshaft hingegen kann maximal für achtzehn Monate verhängt werden, wenn die Verhältnismäßigkeit begründet wird.

Für die **Vollstreckung der Abschiebung (Rückführung)** sind sowohl die Polizeien der Länder als auch die Bundespolizei zuständig. Die Zuständigkeit für die Beschaffung von Reisedokumenten liegt grundsätzlich bei den Ausländerbehörden, also im Bereich der Bundesländer.

Die Bundespolizei ist im Wege der Amtshilfe zuständig für die Beschaffung von Reisedokumenten für 13 afrikanische Staaten (Benin, Burundi, Gambia, Guinea Bissau, Liberia, Mali, Mauretanien, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Sudan, Togo, Uganda) sowie für Vietnam.

Die Landespolizei leistet in der Regel Vollstreckungshilfe und verbringt den Ausländer zur Grenze bzw. an den Flughafen. Dort wird der Ausländer von der Bundespolizei übernommen. Die meisten Abschiebungen erfolgen auf dem Luftweg. Diese können sowohl begleitet als auch unbegleitet stattfinden. Die Begleitung rückzuführender Ausländer erfolgt größtenteils durch Beamte der Bundespolizei, gesellschaftseigene Begleiter der Luftverkehrsgesellschaften und staatliche Begleiter der Zielländer.

Im Jahr 2007 stellte sich die Situation wie folgt dar:

Abschiebungen auf dem Luftweg	8.953
Unbegleitete/begleitete Abschiebungen	5.432/3.521
Rückzuführende begleitet durch Beamte Bund/Land	1.548
Rückzuführende begleitet durch gesellschaftseigene/ staatliche Begleiter	1.973
Begleitbeamte Bundespolizei	2.949
Begleitbeamte der Bundesländer	155
Gesellschaftseigene/staatliche Begleiter	2.701

Quelle: Bundespolizei

Für die Durchführung der Rückführungen hat die Bundespolizei mit einer Reihe von Luftverkehrsgesellschaften Verträge abgeschlossen, welche z. B. die Begleitung durch Personal der Gesellschaft oder die medizinische Betreuung während des Fluges regeln. Die Buchung der Flüge erfolgt

in der Regel zentralisiert über die Länder oder die Koordinierungsstelle bei der Bundespolizei. Darüber hinaus werden begleitete Rückführungen mit gecharterten Maschinen vollzogen.

e) Aussetzung der Abschiebung / Duldung

Einem ausreisepflichtigen Ausländer kann nach § 25 Abs. 5 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Ausreise ohne Verschulden des Ausländers aus rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Auch wenn der Ausländer seine Ausreise schuldhaft verhindert hat, kann ihm eine vorübergehende **Duldung** (§ 60a AufenthG) erteilt werden. Die Duldung ist die befristete Aussetzung einer Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen.

Nach § 60 a Abs. 2 AufenthG muss eine Duldung erteilt werden, wenn die Abschiebung eines Ausländers

- aus rechtlichen Gründen unmöglich ist (z.B. weil ein gesetzliches Abschiebungsverbot besteht oder die Abschiebung durch richterliche Anordnung ausgesetzt ist)
- aus tatsächlichen Gründen (z.B. wegen Reiseunfähigkeit im Krankheitsfall, im Falle fortdauernder Passlosigkeit, wenn die Verkehrswege für eine Abschiebung unterbrochen sind, wenn die sonstigen erforderlichen Papiere nicht vorliegen, wenn der Herkunftsstaat die Aufnahme verweigert hat)

Der Begriff Kettenduldung steht für eine mehrmals verlängerte Duldung von Ausländern, die keine Aufenthaltserlaubnis bekommen haben und eigentlich das Land verlassen müssten. Ihre Abschiebung ist jedoch für einen bestimmten Zeitraum ausgesetzt.

Die Duldung gibt dem Ausländer kein Aufenthaltsrecht, der Aufenthalt bleibt vielmehr unrechtmäßig und die Pflicht zur unverzüglichen Ausreise besteht fort. Durch die Erteilung der Duldung entfällt die ursprüngliche Abschiebungsandrohung nicht, das heißt, die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht wird nicht berührt (§ 59 Abs. 3 AufenthG). Lediglich die Vollstreckung der Ausreisepflicht, also die Abschiebung selbst wird für den Duldungszeitraum ausgesetzt. Nach Erlöschen der Duldung bedarf es in der Regel keiner erneuten Androhung und Fristsetzung, die Abschiebung kann als Vollstreckungsakt unmittelbar durchgeführt werden.

Gesetzliche Altfallregelung

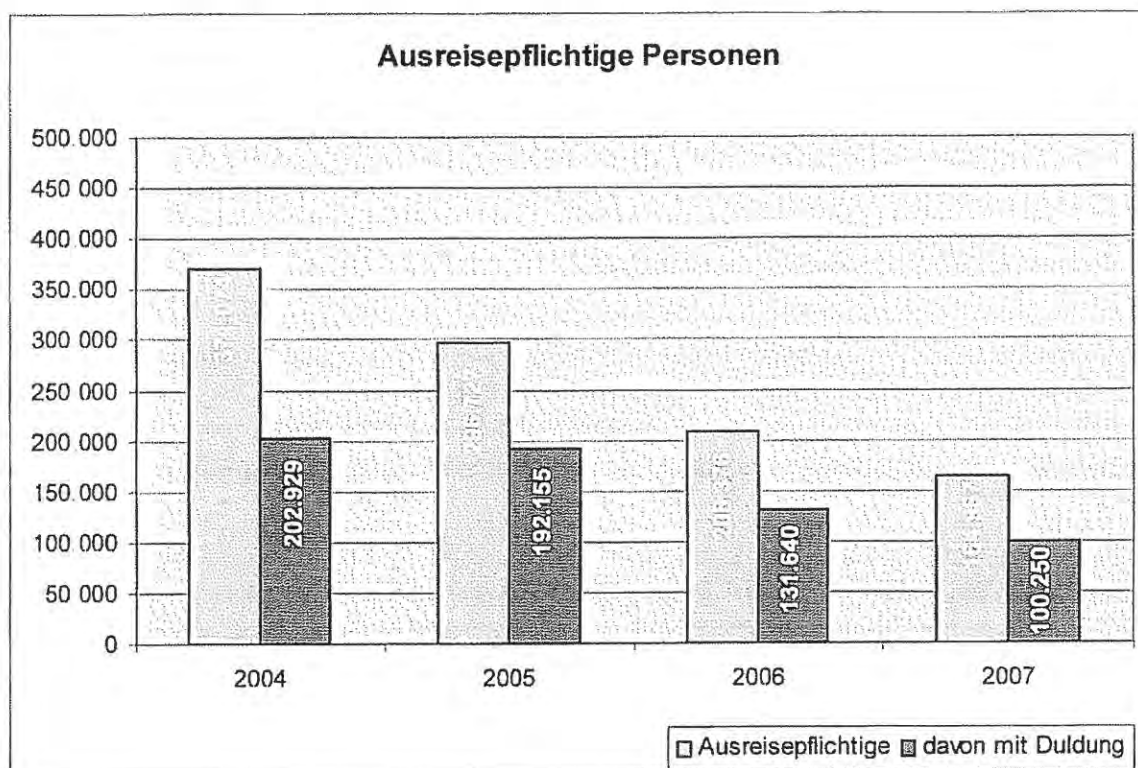
Die Frage einer Altfall- oder Bleiberechtsregelung für ausreisepflichtige Ausländer, die seit Jahren in Deutschland geduldet und hier wirtschaftlich und sozial integriert sind und deren Abschiebung aller Voraussicht nach auch in nächster Zeit nicht möglich sein wird, stand längere Zeit in der Diskussion. Mit der am 28.08.2007 in Kraft getretenen gesetzlichen Altfallregelung des § 104a AufenthG wird nunmehr dem Bedürfnis der seit Jahren hier geduldeten und integrierten Ausländer nach einer dauerhaften Perspektive in Deutschland Rechnung getragen. Somit kann jetzt ein Ausländer, der mindestens acht Jahre (wenn ein minderjähriges Kind im Haushalt des Ausländers lebt: sechs Jahre) in Deutschland aufhältig ist, unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. gewisse Deutschkenntnisse, Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit) eine Aufenthaltserlaubnis erlangen.

Gleichzeitig wurde eine Aufenthaltsregelung für hier integrierte Minderjährige getroffen, deren Eltern die Voraussetzungen der Altfallregelung nicht erfüllen und Deutschland verlassen haben (§ 104b AufenthG).

Zahlen zu ausreisepflichtigen Personen in Deutschland

Vor diesem Hintergrund stellen sich die Zahlen zu ausreisepflichtigen Personen wie folgt dar:

Die (vollziehbar) ausreisepflichtigen Personen werden in Zuständigkeit der Bundesländer von den Ausländerbehörden statistisch erfasst. Die Zahlen werden an das Ausländerzentralregister gemeldet, das beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt wird.



Quelle: Ausländerzentralregister

Die stärksten Herkunftsländer bzw. Staatsangehörigkeiten (TOP 10) der ausreisepflichtigen Personen:

Staatsangehörigkeit	2006	2007
ehem. Serbien und Montenegro *)	33.490	18.881
Türkei	18.131	14.587
ehem. Jugoslawien *)	16.703	9.601
Irak	11.805	8.801
Serbien *)	8.310	11.958
Syrien, Arabische Republik	7.000	6.413
Afghanistan	6.679	4.657
Iran, Islamische Republik	6.497	5.454
Vietnam	5.827	4.311
Russische Föderation	5.143	4.703

Quelle: Ausländerzentralregister

*) Die Ausländer werden aktuell im Ausländerzentralregister (AZR) mit der Staatsangehörigkeit geführt, die sie zum Zeitpunkt ihrer Einreise hatten, wenn zwischenzeitlich dem AZR keine Änderungen übermittelt wurden. Soweit sich zwischenzeitlich Änderungen ergeben haben, müssten durch die zuständigen Ausländerbehörden diese Änderungen dem AZR übermittelt und die Staatsangehörig-

keit im AZR entsprechend aktualisiert worden sein. Dies bedeutet, dass im Laufe der Zeit die Zahlen der nicht mehr existierenden Staaten rückläufig sind.

1.1.4 Rechtslage im Bereich der freiwilligen Rückkehr

Im Bereich der freiwilligen Rückkehr sollen aus Mitteln des Europäischen Rückkehrfonds insbesondere folgende Personen gefördert werden:

- Asylbewerber, die noch keinen bestands-/rechtskräftigen Bescheid erhalten haben
- bestands-/rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die über eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Duldung gem. § 60 a Aufenthaltsgesetz verfügen
- Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention und Personen, denen ein Abschiebungsverbot gem. § 60 Abs. 2 bis Abs. 7 AufenthG zuerkannt wurde
- sonstige ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige, die die Voraussetzungen für eine Einreise und den Aufenthalt nicht (mehr) erfüllen

Die freiwillige Rückkehr ist gesetzlich nicht explizit geregelt und wird im Aufenthaltsgesetz neben einer Erwähnung in § 61 Abs. 2 lediglich als Aufgabe des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge genannt (§ 75 Nr. 7 AufenthG). Danach hat das BAMF die Aufgabe der Gewährung der Auszahlungen der nach den Programmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr bewilligten (Bundes-) Mittel.

Die freiwillige Rückkehr genießt stets Vorrang vor der Rückführung. Sie ermöglicht eine konfliktfreie Beendigung des Aufenthalts eines in Deutschland Ausreisepflichtigen. Politik und Entscheidungsträger sind darüber einig, dass die freiwillige Rückkehr eine humane, nachhaltig wirkende und sichere Alternative zur Rückführung bietet. Sie basiert auf einer informierten und freien Entscheidung des Rückkehrwilligen.

Eine einheitliche, allgemein verbindliche Definition des Begriffs der freiwilligen Rückkehr findet sich in der einschlägigen deutschen Literatur nicht, vielmehr greifen Fachkreise auf Interpretationen zurück, wie sie z. B. von UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) oder der Internationalen Organisation für Migration (IOM) entwickelt wurden:

Der UNHCR definiert freiwillige Rückkehr als das Resultat der „Ausübung des eigenen freien und uneingeschränkten Willens in der sinnvollen Wahl zwischen dem Zurückkehren oder Nichtzurückkehren in das Herkunftsland“. Maßnahmen, die den Flüchtling zur Heimkehr drängen, wie physischer, psychologischer oder materieller Druck, dürften nicht ausgeübt werden.

IOM definiert freiwillige Rückkehr als unterstützte oder unabhängige Rückkehr in das Herkunfts- oder Transitland oder ein Drittland, auf Grund des freien Willens des Rückkehrers (voluntary return is the assisted or independent return to the country of origin, transit or another third country based on the free will of the returnee; aus: IOM Glossary on Migration, 2004).

Zudem lässt sich praktisch unterscheiden zwischen „freiwillig ohne Zwang“ (voluntarily without compulsion) und „freiwillig unter Zwang“ (voluntarily under compulsion). Diese letzte Variante, bei der die Alternative nur darin besteht, illegal im Land zu bleiben oder zurückgeführt zu werden, wird unter bewusster Vermeidung des Begriffs der Freiwilligkeit vom Europäischen Flüchtlingsrat (ECRE) als pflichtgemäße Rückkehr (mandatory return) bezeichnet.

1.1.5 Probleme und Maßnahmen der Rückkehr

Am 28. Februar 2002 hat der Europäische Rat auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung vom 15. November 2001 einen Gesamtplan zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels in der Europäischen Union angenommen. Diese Instrumente heben hervor, dass die Rückkehr- und Rückübernahmepolitik einen integralen und unverzichtbaren Bestandteil im Kampf gegen die illegale Einwanderung darstellen.

Es haben sich dabei folgende Themenkomplexe als problematisch herausgestellt:

Schwierigkeiten bei der Identifizierung von Rückzuführenden und bei der Ausstellung von Reisedokumenten

Bei der Ausstellung oder Verlängerung der Reisedokumente von Drittstaatsangehörigen, die zurückgeführt werden sollen, wurden - einmal abgesehen von der grundsätzlichen Frage der Anerkennung und Akzeptanz des EU-Standardreisedokuments (Laissez-Passer) - hauptsächlich folgende Probleme festgestellt:

- Weigerung von Drittstaatsangehörigen, ihre wahre Identität offen zu legen oder in anderer Weise bei der Dokumentierung mitzuwirken
- Weigerung von Drittstaatsangehörigen, zur Ausstellung von Reisedokumenten bei den Konsularbehörden des jeweiligen Landes, dessen Staatsangehörige sie ihren Angaben zufolge besitzen, vorstellig zu werden
- Verständigungsprobleme (wegen tatsächlicher oder vorgeschobener Unkenntnis einer verbreiteten Sprache)
- unzureichende Zusammenarbeit seitens der Konsularbehörden der – völkerrechtlich für die Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen verantwortlichen – Herkunftsländer bei der Ausstellung von Reisedokumenten
- Weigerung bestimmter Länder, Reisedokumente ohne Zustimmung des Betroffenen auszustellen

Rückführung ausländischer Staatsangehöriger

Unter Rückführung versteht man das Verbringen eines Ausländers bis in den Zielstaat insbesondere aus Anlass der Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung. In der Regel erfolgen sie auf dem Luftweg, begleitet oder unbegleitet. Rückführungen auf dem Luftweg werden im Rahmen von Linien- oder Charterflügen vollzogen. Die Maßnahme ist erst mit der Einreise des Rückzuführenden in den Zielstaat vollendet.

In der Praxis bestehen bei der Rückführung (auf dem Luftweg) insbesondere folgende Probleme:

- mangelnde Kooperationsbereitschaft von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern bei der Durchführung der Rückführung, die bis hin zu Widerstandshandlungen gegen Vollzugsbeamte führen kann, mit der Konsequenz, dass eine Rückführung mittels Linienflug nicht möglich ist
- mangelnde Kooperationsbereitschaft der Zielländer. Insbesondere bestehen Hindernisse bei der Akzeptanz von Charterflügen insgesamt oder es bestehen Begrenzungen hinsichtlich der Quote von Rückzuführenden mittels Charterflug. So wird z. B. von bestimmten

Ländern nur eine bestimmte Anzahl von rückzuführenden Personen bei diesen Flügen akzeptiert. Gerade die Durchführung von Charterflügen ist oftmals die einzige Möglichkeit, Rückzuführende außer Landes zu bringen.

1.2 Die bislang vom Mitgliedstaat ergriffenen Maßnahmen

1.2.1 Maßnahmen im Bereich der Rückführungen

1.2.1.1 Gesetzliche Maßnahmen zur Steuerung der Zuwanderung und zur Erleichterung von Rückführungen

a)

Umsetzung von europarechtlichen Bestimmungen auf nationaler Ebene

Die Bundesrepublik Deutschland setzte die Richtlinien der Europäischen Union zur Regelung und Förderung der Rückführung von Drittstaatsangehörigen auf nationaler Ebene wie folgt um:

Die *Richtlinie* 2001/40/EG über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (ABl. EU Nr. L 149 vom 02.06.2001, S. 34) ist bereits mit dem neuen Zuwanderungsgesetz umgesetzt worden. Die Richtlinie regelt, dass Drittstaatsangehörige, die in einem Mitgliedstaat auf Grund einer dort getroffenen unanfechtbaren Entscheidung vollziehbar ausreisepflichtig sind, sich aber in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten, von diesem direkt in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können. Die Regelung wird umgesetzt durch § 58 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AufenthG.

Umgesetzt wurde auch die Entscheidung des Rates vom 23.02.2004 zur Festlegung der Kriterien und praktischen Einzelheiten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (ABl. EU Nr. L 60 vom 27.02.2004, S. 55). Diese präzisiert die Art der erstattungsfähigen Kosten (Beförderung, Verwaltung, Dienstreisen, Aufenthalt der zurückzuführenden Person und des Begleitpersonals, ärztliche Behandlung im Notfall) und sieht die Einrichtung einer Kontaktstelle zur Abwicklung und Datenübermittlung an andere Mitgliedstaaten vor. Diese Kontaktstelle wurde 2006 im BAMF eingerichtet.

Die *Richtlinie* 2003/110/EG über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg (ABl. EU Nr. L 321 vom 06.12.2003, S. 26), wurde mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19.08.2007 in nationales Recht umgesetzt. Hier werden u.a. Rechtsfolgen geregelt für den Fall, dass die Rückführung scheitert und die Bundesrepublik Deutschland zur Rückübernahme des zurückzuführenden Ausländers verpflichtet ist.

Die *Entscheidung* des Rates 2004/573/EG betreffend die Organisation von *Sammelflügen* (Entscheidung des Rates vom 29.04.2004 betreffend die Organisation von Sammelflügen zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die individuellen Rückführungsmaßnahmen unterliegen, aus dem Hoheitsgebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten, ABl. EU Nr. L 261 vom 06.08.2004, S) wird von der Bundespolizei und den Ländern bei der Durchführung gemeinsamer europäischer Rückführungsflüge berücksichtigt.

Im Anhang der Ratsentscheidung wurden des Weiteren gemeinsame Leitlinien für Sicherheitsstandards beschlossen, die jedoch einen unverbindlichen Charakter haben. Sie entsprechen inhaltlich bereits einer seit dem Jahr 2000 für die Bundespolizei gültigen Dienstanweisung („Bestimmungen über die Rückführung auf dem Luftweg“).

Umsetzung der Dublin-II-Verordnung auf nationaler Ebene

Rückführungsrelevant ist auch das so genannte *Dublinverfahren*. Die Artikel 28 ff. des Schengener Durchführungsabkommens wurden ab 1997 durch das Dubliner Übereinkommen abgelöst. Seit März 2003 ist die so genannte Dublin-II-Verordnung in Kraft, die für Asylanträge ab dem 1.9.2003 Anwendung findet (Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18.02.2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrages zuständig ist (ABl. L 50 vom 25.02.2003)). Wird bei der Prüfung der Zuständigkeitskriterien für den Asylantrag oder bei einem Aufgriff unerlaubt aufhältiger Personen festgestellt, dass diese Person bereits in einem anderen Mitgliedstaat Asyl beantragt hat, wird ein Übernahmehersuchen gestellt. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Verfahrens liegt beim BAMF und beim so genannten Grenzverfahren bei den Grenzbehörden. Das Dublinverfahren gilt als maßgeblich für eine effektive Durchsetzung der Ausreisepflicht nicht bleibeberechtigter Personen.

b)

Regelungen im Zuwanderungsgesetz

Elemente zur Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland einerseits und zur Erleichterung bzw. Förderung der Rückkehr ausreisepflichtiger Personen andererseits finden sich auch im Zuwanderungsgesetz, das zum 01.01.2005 in Kraft trat.

An wichtigen nationalen gesetzlichen Maßnahmen sind zu nennen:

Flughafenverfahren

In Falle der (illegale) Einreise eines Asylbewerbers auf dem Luftweg ist noch vor der Entscheidung über die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland das Asylverfahren im Transitbereich des Flughafens durchzuführen, und zwar in der Art einer vorgeschaltete Prüfung im Rahmen des sog. Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren dient dazu, eine Einreise dann zu verweigern, wenn sich abzeichnet, dass der Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wird. Durch dieses Verfahren ist sichergestellt, dass die Einreise noch nicht erfolgt ist und sich der Ausländer rechtlich betrachtet noch im Staat des letzten Abflughafens befindet. Voraussetzung für das vorgeschaltete Verfahren ist jedoch, dass die Unterbringung während des Verfahrens auf dem Flughafengelände im Transitbereich möglich ist. Mit dem Flughafenverfahren soll die Rückführung abgelehnter Asylbewerber in den Staat des Abflughafens erleichtert werden.

Ausreiseeinrichtungen

§ 61 Abs. 2 AufenthG sieht vor, dass die Länder Ausreiseeinrichtungen für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer schaffen können. Dort soll durch Betreuung und Beratung die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise gefördert und die Erreichbarkeit für Behörden und Gericht sowie die Durchführung der Ausreise gesichert werden.

Im Regelfall dienen Ausreisereinrichtungen als offene Einrichtungen der Unterbringung von Personen, die keine oder unzutreffende Angaben zu ihrer Identität oder Staatsangehörigkeit machen und/oder die Mitwirkung bei der Beschaffung von Reisedokumenten verweigern.

Fundpapier-Datenbank

Auf der Grundlage von § 49a AufenthG wurde beim Bundesverwaltungsamt eine Datenbank eingeführt, in der Angaben zu in Deutschland aufgefundenen, von ausländischen Behörden ausgestellten Identifikationspapieren gespeichert werden (Fundpapier-Datenbank). Zweck der Speicherung ist die Feststellung der Identität oder Staatsangehörigkeit eines Ausländers und die Ermöglichung der Durchführung einer späteren Rückführung.

1.2.1.2 Behördliche/polizeiliche Maßnahmen zur Rückführung ausreisepflichtiger Personen

Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörden

Bei der Rückführung liegt die Entscheidungsbefugnis bei den Ausländerbehörden, die nicht zur Bundesverwaltung gehören, sondern den Weisungen eines der 16 Bundesländer unterliegen. Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden für aufenthaltsrechtliche und passrechtliche Maßnahmen ist in § 71 Abs. 1 AufenthG geregelt. So ordnen die Ausländerbehörden die Abschiebungen an und veranlassen die Vollziehung der Abschiebung.

Involviert sind je nach Fallgestaltung auch das BAMF, die Bundespolizei (= Koordinierungsstelle des Bundes für Rückführungsangelegenheiten), die Länderpolizeien, im Fall von Abschiebungshaft die Innen- oder Justizverwaltungen der Länder.

Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei

Die Zuständigkeit der Bundespolizei erstreckt sich vorrangig auf die begleitete Rückführung sowie die Beschaffung von Reisedokumenten für Staatsangehörige bestimmter Staaten im Wege der Amtshilfe für die Bundesländer.

Sie führt folgende konkreten Maßnahmen durch:

- die Planung, Koordinierung und Durchführung von Maßnahmen der Passersatzbeschaffung
- die Planung, Koordination und Durchführung von begleiteten Rückführungen mittels Linienflug
- die Planung, Koordination und Durchführung von nationalen und internationalen Sammelflügen
- die Erarbeitung grundlegender Konzeptionen in operativen Rückführungsangelegenheiten
- die Entwicklung und Überwachung von Standards in Rückführungsangelegenheiten
- internationale Zusammenarbeit, dabei Kontaktstelle des Bundes für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und sogenannter „Direct Contact Point“ für die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX in administrativen und operativen Rückführungsangelegenheiten.

In den vergangenen Jahren konzentrierten sich die Bemühungen der Bundespolizei vor allem in folgende Richtungen:

- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Konsularstellen und Migrationsbehörden von 13 afrikanischen Staaten und Vietnams zur Verbesserung der Praxis im Hinblick auf die Identifizierung sowie die Ausstellung von Reisedokumenten. Hier hat sich gezeigt, dass direkte Kontakte mit den zuständigen Behörden in Herkunftsländern förderlich sind. Um eine nachhaltige Verbesserung in der Zusammenarbeit zu erzielen, muss dieser Prozess kontinuierlich fortgesetzt werden.
- Der gleiche Ansatz kam bei Bemühungen, die Akzeptanz in den Zielstaaten bei der Durchführung von Rückführungen, insbesondere mittels Sammelflügen, zu erhöhen, zum Tragen.
- Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU sowie der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. In der Vergangenheit war die Bundespolizei an der Erarbeitung von Regularien beteiligt, die das Zusammenwirken der Mitgliedstaaten der EU bei der Organisation und Durchführung von Sammelflügen regeln.
- Ergänzend ist auch zu erwähnen, dass die Bundespolizei im Rahmen des RETURN-Programms in den Förderjahren 2005 und 2006 Projekte unter Beteiligung von Mitgliedstaaten der EU, der Schweiz sowie der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX durchführte bzw. noch durchführt.

1.2.1.3 Transnationale Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union

FRONTEX

Mit der Einrichtung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX (Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26.10.2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union) wurde eine wichtige Entscheidung im Hinblick auf die weitere Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU auf dem Gebiet der Rückführung getroffen. Wesentliche Aufgabe von FRONTEX im Bereich der Rückführungen ist die Bereitstellung der notwendigen Unterstützung für die Mitgliedstaaten bei der Organisation gemeinsamer Rückführungsaktionen. Dabei leistet die Agentur nach Maßgabe der Rückführungspolitik der Gemeinschaft die erforderliche Unterstützung für die Organisation gemeinsamer Rückführungsaktionen der Mitgliedstaaten. Die Agentur kann Finanzmittel der Gemeinschaft nutzen, die für Rückführungszwecke zur Verfügung stehen. Ebenso hat die Agentur die Aufgabe bewährte Praktiken für die Beschaffung von Reisedokumenten und die Abschiebung von illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen zu ermitteln. Seit Einrichtung der Agentur im Oktober 2005 ist eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der begleiteten Rückführung festzustellen. Regelmäßige Treffen, die Verbesserung des Informationsaustausches als Folge der verbesserten Kontakte einerseits und der Nutzung des ICONets andererseits sind messbare Erfolge von FRONTEX.

ICONet

Als unterstützende Maßnahme für die Rückführbehörden dient die Einrichtung eines web-gestützten europäischen Informations- und Koordinierungsnetzes (ICONet). Damit wird eine Voraussetzung geschaffen, sich bei der Durchführung gemeinsamer Rückführungen zu verständigen, da sich die Behörden mittels dieses Netzes zum Beispiel über Nachfrage und Kapazitäten für Sammelflüge austauschen können.

Mit der Einrichtung eines web-gestützten Informations- und Koordinierungsnetzes (ICONet) für die Migrationsbehörden der Mitgliedstaaten wurde die technische Voraussetzung und elektronische Plattform geschaffen, die einen unmittelbaren Austausch von rückführungsbezogenen Informationen gewährleistet. Mittlerweile umfasst das Angebot im ICONet Übersichten über geplante nationale und internationale Sammelflüge sowie weitere operative und administrative Information über die Rückführung in den Mitgliedstaaten. Koordiniert und administriert wird das Informationsangebot durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX.

ARGO

Unter dem *Förderprogramm ARGO*, das die Verwaltungszusammenarbeit in den Bereichen Asyl, Visa, Einwanderung und Außengrenzen verbessern soll und damit auch Fragen der Rückführung und freiwilligen Rückkehr berührt, wurde von deutscher Seite durch das BAMF 2005 und 2007 internationale Fachtagungen über Erfahrungsaustausch und „best practices“ bei der freiwilligen Rückkehr organisiert.

RETURN

Das *RETURN-Programm* der Europäischen Union ist zur Finanzierung von vorbereitenden Maßnahmen für das Rückkehrmanagement gedacht, wobei alle Aspekte der Organisation der Rückkehr (Rückführung und freiwillige Rückkehr) unerlaubt aufhältiger Ausländer verbessert werden sollen. Konkretes Ziel ist die Sammlung von Erfahrungen und die Unterstützung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch mit den Rückkehrländern.

In Kooperation mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bayern sowie unter Einbeziehung des tschechischen Innenministeriums wurde unter RETURN 2005 das „Rückführungsprojekt Armenien“ durchgeführt.

Die Zielsetzung stellte ab auf die Feststellung der tatsächlichen Staatsangehörigkeit von illegal in der Bundesrepublik aufhältigen (vermuteten) unidentifizierten armenischen Staatsbürgern sowie Rückführung von ca. 190 Personen nach Armenien nach entsprechender Identifizierung. Innerhalb von 12 Monaten wurden zwei Anhörungsrunden in Deutschland durchgeführt. Zu diesen Anhörungen reiste jeweils eine vierköpfige Delegation der armenischen Migrationsbehörde für eine Woche nach Deutschland und bekam jeweils ca. 200 Personen zur Befragung vorgeführt. Nach Feststellung der armenischen Staatsbürgerschaft wurde eine Übernahmegarantie abgegeben, und es wurden Passersatzpapiere ausgestellt. Die so identifizierten armenischen Staatsbürger wurden mehrheitlich ohne Begleitung nach Armenien zurückgeführt. Teilweise wurde der Transfer über den Flughafen Prag durchgeführt.

Die Laufzeit des Projekts betrug, bei einem Gesamtbudget von ca. € 560.000, 12 Monate (Januar – Dezember 2007).

Die Bundespolizei führte bzw. führt im Rahmen des Return-Programms in den Förderjahren 2005 und 2006 Projekte unter Beteiligung von Mitgliedstaaten der EU, der Schweiz sowie der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX durch.

RETURN-Projekt 2005:

An dem Projekt zur Organisation und Durchführung von vier internationalen Sammelflügen zur Rückführung westafrikanischer Staatsangehöriger beteiligten sich neben der Bundesrepublik Deutschland, zehn Mitgliedstaaten der EU sowie die Schweiz und die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX.

Mit dem Projekt wurden folgende Ziele verfolgt.

1. Rückführung von ca. 160 westafrikanischen Staatsangehörigen.
2. Heranführen von neuen Mitgliedsstaaten an bestehende Standards bei Sammelflügen.
3. Intensivierung der praktischen Zusammenarbeit in Rückführungsangelegenheiten sowie Herstellung und Ausbau der persönlichen Kontakte.
4. Evaluierung der „Common guidelines on security provisions for joint removals by air“ im praktischen Zusammenwirken mehrerer teilnehmender Staaten.
5. Erarbeitung abgestimmter Abrechnungsmodalitäten von Sammelflügen.
6. Erarbeitung gemeinsamer Standards zur Verbesserung des Informationsaustausches, insbesondere zur Festlegung gemeinsamer Rückführungsziele.
7. Erprobung sogenannter „Advance Parties“ in den Zielstaaten.
8. Aufnahme und Etablierung der Zusammenarbeit mit FRONTEX.

Der operative Teil des Projektes wurde im Juni 2007 beendet.

Die Gesamtkosten des Projektes beliefen sich auf ca. 2,6 Mio. Euro.

RETURN-Projekt 2006:

An dem ganzheitlichen Rückführungsprojekt beteiligten sich neben der Bundesrepublik Deutschland acht EU-Mitgliedstaaten, die Schweiz sowie die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX.

Mit dem Projekt werden folgende Ziele verfolgt:

1. Durchführung eines Praktikertreffens zur Evaluierung der bewährten Praktiken zur Beschaffung von Reisedokumenten und Gewinnung von Erkenntnissen.
2. Einladung von Delegationen der Zielstaaten zwecks Identifizierung und Ausstellung von Passersatzdokumenten der jeweiligen Staatsangehörigen als Alternative/Ergänzung zu der Zusammenarbeit mit den diplomatisch-konsularischen Vertretungen in Europa.
3. Die Rückführung von ca. 120 ausreisepflichtigen afrikanischen Staatsangehörigen.
4. Fortführung der Etablierung von Standards bei der Beschaffung von Reisedokumenten und der Organisation und Durchführung gemeinsamer europäischer Sammelflüge.

Die Projektdauer ist bis Februar 2009 angelegt. Die Gesamtkosten des Projektes wurden mit ca. 3,2 Mio. Euro kalkuliert.

1.2.1.4 Bilaterale und multilaterale Abkommen mit Herkunftsstaaten

Rückübernahmeabkommen

Nach völkerrechtlichen Grundsätzen hat jeder Staat die Pflicht, seine eigenen Staatsbürger – auch gegen deren Willen – zurückzunehmen, wenn sich diese in einem anderen Staat nicht oder nicht mehr erlaubterweise aufhalten. Rückübernahmeabkommen regeln die Modalitäten der Rückübernahme zwischen den Vertragspartnerstaaten bzw. ihren zuständigen Behörden, also vor allem die maßgeblichen Verfahren im Einzelnen mit z.B. Regeln über Fristen und die vorzulegenden Dokumente. In den Abkommen wird häufig auch die Rücknahme und Durchbeförderung von Angehörigen dritter Staaten oder Staatenloser geregelt.

Im Einzelnen hat Deutschland mit fast 30 Drittstaaten bilaterale Rückübernahmeabkommen geschlossen: Albanien, Algerien, Armenien (nicht in Kraft getreten), Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Estland, Frankreich, Georgien, Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Marokko, Mazedonien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Südkorea, Tschechien, Ungarn, Vietnam.

Für Deutschland maßgebend sind auch die Abkommen zur Rückübernahme, die inzwischen auf EU-Ebene bestehen und die Rückübernahme durch Drittstaaten mit Mitgliedstaaten der EU regeln: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China, Sonderverwaltungsregion Macao der Volksrepublik China, Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Russische Föderation, Serbien, Sri Lanka, Ukraine.

Durchbeförderungsabkommen

Daneben bestehen auch Durchbeförderungs- bzw. Transitabkommen, beispielsweise für die Rückkehr und Rückführung von Ausreisepflichtigen in die Balkanregion.

1.2.1.5 Rückführungen aus Deutschland in Zahlen

Rückführungen (Abschiebungen und Zurückschiebungen) von 2000 bis 2007								
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Rückführungen insgesamt	55.813	43.950	40.174	36.216	31.789	23.697	18.623	13.435
Davon auf dem Luftweg	35.065	27.060	26.879	24.470	22.846	17.805	13.773	9.502
Abschiebungen insgesamt	35.444	27.902	29.036	26.487	23.334	17.773	13.894	9.617
Davon auf dem Luftweg	32.443	25.232	26.286	23.944	21.970	16.865	13.060	8.935
Zurückschiebungen insgesamt	20.369	16.048	11.138	9.729	8.455	5.924	4.729	3.818
Davon auf dem Luftweg	2.622	1.828	593	526	876	940	713	549

Quelle: Bundespolizei

Die zehn stärksten Zielstaaten (TOP 10 / bezogen auf das Jahr 2003) bei den Rückführungen aus Deutschland von 2003 bis 2007:

Rückführungen* aus Deutschland					
Staatsangehörigkeit	2003	2004	2005	2006	2007
Serbien u. Montenegro	5.043	5.043	3.493	2.565	1.660
Türkei	4.856	4.146	3.302	2.216	1.714
Ukraine	2.001	2.448	1.613	1.196	526
Bulgarien	1.708	1.531	1.008	715	36
Rumänien	1.683	1.214	1.070	1.010	125
Vietnam	1.326	1.187	1.032	1.070	1.060
Russische Föderation	1.043	1.828	1.199	654	512
Republik Moldau	730	612	644	371	253
Algerien	726	658	482	451	419
Georgien	666	894	473	359	261
Summe TOP 10	19.782	19.561	14.316	10.607	6.566

* d h die Summe aus Abschiebungen und Zurückschiebungen

Quelle: Bundespolizei

Die abnehmenden Zahlen der Rückführungen sind vor allem zu erklären mit rückläufigen Asylbewerberzahlen (siehe Grafik unter Ziffer 1.1.1), den Auswirkungen von Bleiberechtsregelungen und der verschlechterten Situation bei der Kooperation mit gewissen Herkunftsländern bei der Beschaffung von Reisedokumenten für Ausreisepflichtige.

1.2.2 Maßnahmen im Bereich der freiwilligen Rückkehr

1.2.2.1 Rückkehrberatung

Mit Aktionen und Programmen der freiwilligen Rückkehr sind das Bundesministerium des Innern und die Innenministerien der Länder, BAMF, IOM, UNHCR und sonstige öffentliche und private Stellen (Sozialämter, Ausländerbehörden, Wohlfahrtsverbände, Fachberatungsstellen, Zentrale Rückkehrberatungsstellen etc.) befasst.

Eine zentrale und flächendeckende Zuständigkeit für Maßnahmen der freiwilligen Rückkehr ist in Deutschland wegen seiner föderalen Struktur nicht gegeben.

Die Rückkehrberatung wird von diversen Stellen angeboten, wobei in den letzten Jahren ein Trend zu zentralen Rückkehrberatungsstellen erkennbar ist, die Erfahrungen akkumulieren können. Die Trägerschaft kann von den Ländern, von Kommunen oder von Wohlfahrtsverbänden ausgehen. Dies ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt.

Zu den Motiven für eine freiwillige Rückkehr liegen verschiedene theoretische Ansätze vor. Empirische Erhebungen dazu gibt es in Deutschland gegenwärtig nicht. Rückkehrhindernisse hängen eng mit Migrationsmotiven zusammen und sind z. B. darin zu suchen, dass die Wanderungs- oder Fluchtgründe ganz oder teilweise noch fortbestehen, oder dass das Wanderungsziel (Wohlstand) nicht erreicht worden ist. Bei längerem Aufenthalt im Aufnahmeland, ggf. auch in Abhängigkeit vom

Alter des Ausländers, können zudem entstandene familiäre Bindungen vor Ort oder eine Entfremdung gegenüber dem Herkunftsland zum Tragen kommen.

Der Zeitpunkt, zu dem eine Beratung ansetzen soll, ist nicht einheitlich geregelt. Nachdem noch vor einigen Jahren die allgemeine Auffassung bestand, die Beratung quasi als „ultima ratio“ zu betreiben, hat hier inzwischen ein grundlegender Meinungswandel stattgefunden. Es herrscht weitestgehend Einigkeit unter den Akteuren, dass die Rückkehrberatung so früh wie möglich beginnen sollte, damit frühzeitig Alternativen zu einem eventuellen illegalen Aufenthalt in Deutschland angedacht werden können. So können frühzeitig Alternativen erarbeitet werden, Angebote umfassend wahrgenommen und die freiwillige Rückkehr gezielter vorbereitet werden.

Hauptzielgruppe der Beratung sind Asylbewerber, deren Verfahren negativ beschieden worden ist, bzw. solche, die sich noch im laufenden Verfahren befinden. In der Regel findet eine individuelle Beratung statt. Unter den Trägern der Beratung haben sich gewisse Spezialisierungen hinsichtlich der Zielländer oder Personengruppen herausgebildet, wobei ein Trend zur bedürfnisgerechten Angebotsvielfalt zu beobachten ist. Die Angebote lassen sich kategorisieren nach integrierter Beratung, bei der die Rückkehrberatung Teil einer ergebnisoffenen Migrationsberatung ist, und gezielter Rückkehrberatung, die ganz auf spezifische Rückkehrunterstützung abstellt. Einige Träger setzten dabei auf Konzepte, die auch Beratung und Betreuung nach der Rückkehr ins Herkunftsland mit einschließen.

Als aktueller Arbeitsschwerpunkt ist folgendes Rückkehr-Projekt herauszustellen:

„Kosovo Social Return Support Network Project“ (unter AENEAS 2005 und RETURN 2005)

Das Projekt soll zum einen die freiwillige Rückkehr in den Kosovo durch Reintegrationsangebote fördern und zum anderen das Rückkehrmanagement insgesamt verbessern. Ferner soll ein Netzwerk bestehender Hilfsorganisation aufgebaut werden, wodurch Rückkehrer in Ihrer Heimat besser betreut werden können. Neben einer Sozialberatung bietet das Projekt auch Fördermöglichkeiten für Rückkehrer, die an einer Existenzgründung interessiert sind. Schließlich können sich Rückkehrer, die an einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden, bei Bedarf von speziell über das Projekt ausgebildeten „Trauma-Therapie-Spezialisten“ behandeln lassen. Die meisten der Unterstützungsangebote werden zentral in einem Rückkehrzentrum aber auch über mobile Einheiten zugänglich gemacht. Projektbegünstigte sind alle zurückkehrende Personen. Die Region Kosovo ist seinerzeit wegen der fehlenden Souveränität vertraglich nicht als Begünstigte benannt worden. Das Vorhaben soll das Rückkehrmanagement, insbesondere bezogen auf Deutschland, verbessern und allen Rückkehrern landesweit gezielte Betreuung ermöglichen. Hinsichtlich der deutschen Behörden wird die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den jeweiligen Landesbehörden und dem BAMF gefördert. Die Budgetierung beträgt ca. 2,5 Mio. €; davon 67 % Förderung durch die EU-KOM. Die übrigen Mittel werden als Eigenanteil über Personal- und Rückkehrförderkosten erbracht.

Es wird außerdem konsequent an der quantitativen Vergrößerung und an der Verbesserung des Informationsangebotes über die Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr gearbeitet. Das BAMF hat dazu im Juli 2003 die Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung (ZIRF) eingerichtet. Sie fungiert als Servicestelle und erfüllt die Aufgaben eines koordinierenden Managements zur Förderung der freiwilligen Rückkehr. Ziele sind im Wesentlichen die Koordinierung, Gestaltung und Vernetzung der Rückkehrförderung, die Verbesserung der Förderberatung durch Bündelung von Informationen sowie der effiziente Einsatz der zur Verfügung stehenden Fördermittel (auf Seiten des Bundes).

Kernstück der Aufgabenerledigung ist die ZIRF-Datenbank. Diese ist in die Migrationsdatenbankplattform MILO integriert. In dieser Datenbank werden vielfältige Informationen zu Maßnah-

men, Herkunftsländern, Ansprechpartnern und Beratungsstellen zur Verfügung gestellt. Daten und Informationen werden gesammelt, ausgewertet und aktuell dem Bedarf entsprechend vermittelt.

Diese Möglichkeiten wurden über das Projekt *ZIRF-Counselling* noch intensiviert, das neben länderspezifischen Informationsblättern auch die Beantwortung individueller Anfragen (u. a. zur Arbeitsstellenlage, schulischen Möglichkeiten, medizinischer Versorgung, allgemeine Situation am Zielort) von Rückkehrinteressenten ermöglicht. Daneben existieren die klassischen Informationswege, wie die Versendung von Informationsmaterial, Broschüren, Merkblättern, etc. sowie Informationskampagnen und -veranstaltungen.

1.2.2.2 Finanzielle Rückkehrhilfen

Finanzielle Anreize für die freiwillige Rückkehr werden v. a. über das REAG-/GARP-Programm geboten. Dies ist ein nationales Basisprogramm, das aufgestockt wird durch zusätzliche Förderungen von Ländern oder Kommunen, die oft auch noch weitere finanzielle Anreize zur freiwilligen Ausreise bieten.

Als ein humanitäres Hilfsprogramm zur Förderung der freiwilligen Rückkehr und der Weiterwanderung, u. a. von Asylbewerbern, abgelehnten Asylbewerbern und Flüchtlingen, die in Deutschland aufhältig sind, wurde das REAG-Programm 1979 entwickelt, seit 1989 wird zusätzlich das GARP-Programm durchgeführt. Nach mehrmaligen Modifizierungen der Programme wurden diese im Jahr 2002 zu einem Programm zusammengeschlossen.

Über die Komponente „REAG - Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany -“ leistet es Transportkosten und pauschalisierte Reisebeihilfen.

Gefördert wird hier grundsätzlich die freiwillige Ausreise eines Rückkehrers/Weiterwanderers durch die Übernahme der Kosten der Beförderung, und zwar für Staatsangehörige aus allen Ländern (mit Ausnahme der EU). Dabei wird unterschieden zwischen öffentlichen und privaten Beförderungsmitteln:

Öffentliche Beförderungsmittel sind Bahn, Bus oder Flugzeug. Für diese gilt:

häufige Übernahme der Beförderungskosten vom Flughafen oder Bahnhof auf dem grundsätzlich kürzesten Wege bis zum Bestimmungsort unter der Voraussetzung der Ko-finanzierung durch das Bundesland, in dem sich der Rückkehrer / Weiterwanderer aufhält.

Private Beförderungsmittel sind private Kraftfahrzeuge. Für diese gilt:

häufige Übernahme der Benzinkostenpauschale von insgesamt 205,00 € pro Fahrzeug (Bundes- und Landesanteil) unabhängig von der Zahl der Mitreisenden unter der Voraussetzung der Ko-finanzierung durch das Bundesland, in dem sich der Rückkehrer/Weiterwanderer aufhält.

Es wird eine pauschalisierte Reisebeihilfe pro Rückkehrer/Weiterwanderer gewährt. Diese beträgt:

- 100,00 € für Erwachsene und Jugendliche
- 50,00 € für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr

Eine Betragsobergrenze pro Familie ist hier nicht vorgesehen.

Mit der Komponente „GARP - Government Assisted Repatriation Programme -“ wird für Personen aus für Deutschland migrationspolitisch besonders bedeutsamen Herkunftstaaten eine Starthilfe gezahlt. Diese ist abhängig vom Herkunftsland und wird im Jahre 2008 in verschiedenen Staffellungen gezahlt:

Gruppe 1

Die Starthilfe beträgt insgesamt (je zur Hälfte von Bund und Land zu tragen)

- 500,00 € pro Erwachsenen und Jugendlichen
- 250,00 € pro Kind bis zum vollendeten 12. Lebensjahr

jedoch maximal 1.500,00 € pro Familie bei Staatsangehörigen aus den folgenden Staaten:

Afghanistan, Irak, Kosovo (nur Angehörige der Minderheiten der Serben und Roma).

Gruppe 2

Die Starthilfe beträgt insgesamt (je zur Hälfte von Bund und Land zu tragen)

- 250,00 € pro Erwachsenen und Jugendlichen

- 125,00 € pro Kind bis zum vollendeten 12. Lebensjahr

jedoch maximal 750,00 € pro Familie bei Staatsangehörigen aus den folgenden Staaten:

Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Iran, Kosovo (außer Angehörigen der Minderheiten der Serben und Roma), Mazedonien, Montenegro, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Ukraine.

Gruppe 3

Die Starthilfe beträgt insgesamt (je zur Hälfte von Bund und Land zu tragen)

- 200,00 € pro Erwachsenen und Jugendlichen

- 100,00 € pro Kind bis zum vollendeten 12. Lebensjahr

jedoch maximal 600 € pro Familie bei Staatsangehörigen aus den folgenden Staaten:

Äthiopien, Algerien, Angola, China, Ghana, Indien, Demokratische Republik Kongo, Libanon, Marokko, Nigeria, Pakistan, Sri Lanka, Syrien, Vietnam.

Das Programm REAG/GARP wird durch Bund und Bundesländer ausgestaltet, gesteuert und regelmäßig je zur Hälfte finanziert. Das Programm wird jährlich den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die Durchführung des Programms obliegt der Internationalen Organisation für Migration (IOM). IOM prüft, soweit nach den Programmrichtlinien erforderlich, u. a. die Antragsunterlagen der freiwilligen Rückkehrer, bucht die Flüge, nimmt die Auszahlung der Starthilfen etc. (auch in Missionen im Ausland) vor.

Die Anträge zur freiwilligen Rückkehr oder Weiterwanderung werden über die zuständigen deutschen Behörden (Ausländerämter, Kreise, Gemeinden, Sozialämter u. a.) sowie über die staatlichen Wohnheime, Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtsverbände, Fachberatungsstellen, Ausländerbeauftragte oder den UNHCR bei IOM gestellt.

Es gibt zwei unterschiedliche Möglichkeiten der Antragstellung: Beantragung inkl. aller Unterlagen oder die vereinfachte Beantragung, bei der die Überprüfung der Unterlagen bei den Antrag übermittelnden Stellen stattfindet. Bei der Durchführung der Programme arbeitet IOM deutschlandweit mit mehr als 2.000 Antrag übermittelnden Stellen zusammen.

Das BAMF verwaltet die von der Bundesregierung bereit gestellten Haushaltsmittel für die Rückkehrförderung. Dies waren im Jahr 2007 ca. 4,9 Mio. Euro. Im Jahre 2006 waren es noch ca. 5,2 Mio. Euro, im Jahr 2005 6,8 Mio. Euro. Für die Programme REAG und GARP konnte der Bund davon im Jahre 2007 (neben v. a. dem Mitgliedsbeitrag für IOM) ca. 2,2 Mio. Euro verwenden; im Jahre 2006 waren es ca. 3,0 Mio. Euro, im Jahre 2005 ca. 3,6 Mio. Euro. Die Bundesländer bringen für die Programme REAG und GARP Mittel in der gleichen Höhe auf.

Um die Ausreiseanreize weiter zu verstärken, werden von Bundesländern und Kommunen teilweise zusätzliche Förderleistungen angeboten.

Bislang ist allerdings nicht klar erkennbar geworden, ob die Höhe der finanziellen Anreize gegenüber anderen Faktoren auf Seiten der Ausländer (wie z. B. persönliche, familiäre und soziale As-

pekte, Perspektiven im Heimatland) sekundär ist. Hier bedarf es gezielter Analyse und Evaluierung. Insoweit kommt auch eine weitere Erhöhung der Förderbeträge in Betracht.

1.2.2.3 Europäische Programme und Europäischer Flüchtlingsfonds

Wirkungen im Rückkehrbereich entfalten auch verschiedene europäische Programme bzw. Fonds, die zur Finanzierung unterschiedlicher Aktivitäten genutzt werden. So wurden durch den Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF II) Projekte im Bereich der freiwilligen Rückkehr gefördert. Die Verwaltung dieser Mittel oblag in Deutschland bisher dem BAMF. Die geförderten Projektmaßnahmen umfassten Informationsdienste über das Heimatland, Informations- und Beratungsdienste über Rückkehrprogramme einschlägiger Projektträger, berufliche (Weiter-) Bildungsmaßnahmen und sonstige wirtschaftliche, soziale und rechtliche Hilfsmaßnahmen zur besseren Reintegration im Heimatland. Mittelbare Folge dieser Finanzierungsmöglichkeit war eine erhöhte Kooperation verschiedener Akteure im Rückkehrbereich zur Nutzung der Mittel. Projektmaßnahmen für die freiwillige Rückkehr werden ab 2008 aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF III) nicht mehr gefördert. Im Rahmen der Asyl- und Aufnahmeberatung, die durch den EFF III gefördert werden kann, können Aspekte der freiwilligen Rückkehr angesprochen werden.

1.2.2.4 Freiwillige Rückkehr in Zahlen

Freiwillige Rückkehrer werden in der Bundesrepublik Deutschland insofern statistisch erfasst, als die Personen Rückkehrförderung nach REAG/GARP erhalten.

So stellten sich in den vergangenen Jahren die Rückkehrerzahlen im REAG/GARP-Programm wie folgt dar:

Zahl der freiwilligen Rückkehrer im REAG/GARP-Programm 2000 bis 2007

Gesamtzahl freiwilliger Ausreisen mit Förderung (nach dem Programm REAG/GARP)	
2000	67.953 Personen
2001	12.851 Personen
2002	11.890 Personen
2003	11.835 Personen
2004	9.893 Personen
2005	7.448 Personen
2006	5.757 Personen
2007	3.441 Personen

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2002 bis 2006 lt. Verwendungsnachweis)

Ein Vergleich der zehn stärksten Herkunftsstaaten (Top10) der freiwilligen Rückkehrer ergibt folgendes Bild:

TOP 10 der freiwilligen Rückkehrer im REAG/GARP-Programm 2003 bis 2007

Freiwillige Rückkehr – Vergleich der TOP 10* der Herkunftsstaaten					
	2003	2004	2005	2006	2007
Serbien und Montenegro**	5 116	3.167	1 959	1 048	507
Russland	641	553	399	407	365
Türkei	810	922	741	664	314
Vietnam	281	378	313	298	202
Irak	318	824	689	554	190
Iran	514	464	410	251	183
Aserbaidshan	137	200	249	216	167
Jemen	41	21	25	42	154
China	75	94	148	156	113
Armenien	254	209	158	134	100
Gesamt	8.187	6.832	5.091	3 770	2 295
Gesamtzahl aller Rückkehrer	11.835	9 893	7 448	5 757	3.441

* TOP 10 bezogen auf das Jahr 2007

** ab 2007 Zahlen nur für Serbien. Die Ausländer werden aktuell im Ausländerzentralregister (AZR) mit der Staatsangehörigkeit geführt, die sie zum Zeitpunkt ihrer Einreise hatten, wenn zwischenzeitlich dem AZR keine Änderungen übermittelt wurden. Soweit sich zwischenzeitlich Änderungen ergeben haben, müssten durch die zuständigen Ausländerbehörden diese Änderungen dem AZR übermittelt und die Staatsangehörigkeit im AZR entsprechend aktualisiert worden sein. Dies bedeutet, dass im Laufe der Zeit die Zahlen der nicht mehr existierenden Staaten rückläufig sind

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Auch für die vorstehenden Zahlen gilt das bereits oben (zu 1.2.1.5) Gesagte. Demnach kann der Rückgang zumindest für die Jahre 2006/2007 auch auf eine „Bleiberechtsdiskussion“ und das Ergebnis der Konferenz der Innenminister (IMK) der Länder am 17./ 18.11.2006 zu einer Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer zurückzuführen sein.

1.3 Die gesamten aufgewendeten nationalen Mittel

Die Kosten für Rückführungen sind höher als diejenigen für die freiwillige Rückkehr. Es lassen sich eine Reihe von Einzelposten (sowohl auf Seiten der Bundesländer als auch auf Seiten des Bundes) beziffern, eine umfassende Gesamtübersicht über alle anfallenden Kosten existiert jedoch nicht. Auch eine umfassende Analyse/Evaluierung von Rückkehrmaßnahmen auf wissenschaftlicher Basis hat in Deutschland bisher nicht stattgefunden.

2. BEDARFSANALYSE IM MITGLIEDSTAAT

2.1 Bedarf im Mitgliedstaat in Bezug auf die Ausgangssituation

2.1.1 Bedarf im Bereich der Rückführungen

2.1.1.1 Verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit auf nationaler/internationaler Ebene

Es besteht Bedarf an weiterer Optimierung der Zusammenarbeit in diesem Bereich auf nationaler und internationaler Ebene.

National ist insgesamt eine Straffung/Vereinfachung der Zuständigkeiten im Hinblick auf die Beschaffung von Reisedokumenten und die Durchführung der Rückführung (begleitet /unbegleitet) zu prüfen. Hier agieren sowohl die Bundespolizei als auch Institutionen der Bundesländer. Insbesondere sind hierbei (tatsächliche) Rückführungshindernisse auf dem Luftweg virulent. So ist die Abklärung erforderlich, inwieweit die Zahl der Rückzuführenden durch äußere Faktoren beschränkt wird. Es gibt denkbare Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten durch Flugmodalitäten (Linienflüge und/oder Chartermaßnahmen). Der Einreiseverweigerung von Rückzuführenden und/oder Begleitpersonen ist zu begegnen. Lösungen sind zu finden wegen der Beschränkung von Zielflughäfen bzw. mangelnden Ab-/Anflugmöglichkeiten.

Ebenfalls könnte die Verzahnung zwischen der freiwilligen und der zwangsweisen Rückkehr auf verschiedenen Arbeitsebenen optimiert werden, wenn die Leitidee des Vorrangs der freiwilligen vor der zwangsweisen Rückkehr gilt.

Aus deutscher Sicht wäre zu wünschen, dass die Tätigkeiten der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sich entwickeln in Richtung auf:

- regelmäßige Darlegung der Planungen sowie der Vorstellungen und Erfahrungen von FRONTEX im Bereich der gemeinsamen Rückführungsmaßnahmen, sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch auf nationaler Ebene; Ermittlung des Bedarfs für gemeinsame Rückführungsmaßnahmen; Bereitstellung von angemessener Koordinierung und Unterstützung bei gemeinsamen Rückführungsmaßnahmen, die von Mitgliedstaaten durchgeführt werden
- Beteiligung an Vorabmissionen (gemeinsam mit den organisierenden und den beteiligten Mitgliedstaaten) in den Zielländern zur Vorbereitung von gemeinsamen Rückführungsmaßnahmen und Unterstützung der notwendigen Aktivitäten am Zielort
- Erarbeitung bester Praktiken für die Bereitstellung der für die Rückführung erforderlichen Reisedokumente
- Förderung und ständige Aktualisierung der Informationsbasis ICONet als Informationsnetz für die Mitgliedstaaten
- Festlegung von Ausbildungszielen und Sicherheitsstandards für die Eskorten bei gemeinsamen Rückführungsmaßnahmen.

Wünschenswert wäre schließlich insgesamt ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten zum einen zur Vermeidung fehlender/fehlerhafter Abstimmung im Vorgehen

gegenüber Drittstaaten und zum anderen mit dem Ziel einer Harmonisierung der Verfahrensabläufe.

2.1.1.2 Identifizierung und ggf. Beseitigung personenbezogener Rückführungshindernisse

Neben dem Problem der Nichtrückführbarkeit in bestimmte Herkunftsstaaten oder Regionen wegen der dort herrschenden Umstände (Irak, Afghanistan, Kosovo pp.) stellt die Nichtrückführbarkeit wegen Problemen der Identitätsklärung das quantitativ größte Rückführungsproblem dar.

Häufig stößt die Durchsetzung der Ausreisepflicht auf eine Verweigerungshaltung der Betroffenen. Diese berufen sich bereits während ihrer Asylverfahren darauf, keine Personalpapiere beibringen zu können und begründen das in der Regel mit den Umständen der Flucht aus dem Herkunftsland. Die Betroffenen behaupten auch, Staatsangehörige eines Landes zu sein, von dem bekannt ist, dass dorthin aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen eine Abschiebung unmöglich ist. Auch nach einer rechtskräftigen negativen Entscheidung über das Asylbegehren ist ein erheblicher Anteil der Ausländer nicht bereit, im Hinblick auf die Beendigung des Aufenthalts in Deutschland mit den deutschen Behörden zu kooperieren.

Ein weiteres Problemfeld, in dem Handlungsbedarf besteht, ist die Frage von Rückführungshindernissen besonders schutzbedürftiger Personen(gruppen). Hierbei treten vor allem immer wieder Fragen im Bereich von medizinisch begründeten Hindernissen auf. Konkret geht es meist einerseits um die Abklärung der Flugreisetauglichkeit (bezogen auf das Inland). Im Hinblick auf das Ausland sind andererseits Antworten auf Fragen der Zielstaatsbezogenheit von medizinisch begründeten Abschiebungshindernissen zu finden.

Außerdem besteht oft erheblicher Klärungsbedarf im Zusammenhang mit Minderjährigen und sonstigen schutzbedürftigen Personen (z. B. alte Menschen, Frauen – u. U. mit Kindern).

2.1.1.3 Verbesserung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten

Die dargelegte Verweigerungshaltung der Betroffenen ist oftmals gepaart mit einer verbesserungswürdigen Kooperationsbereitschaft von diplomatisch-konsularischen Vertretungen einiger Herkunftsländer in Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen.

Häufig agieren die diplomatisch-konsularischen Vertretungen in Passersatzbeschaffungsverfahren als Interessenvertreter ihrer Staatsangehörigen um ihnen aus politischen Gründen oder aufgrund persönlicher Ansichten einen weiteren Aufenthalt in Deutschland zu sichern. Einflussnahme durch die betroffenen Ausreisepflichtigen kann vielfach als gesichert angesehen werden.

Besonders schwierig ist gegenwärtig die Zusammenarbeit mit ca. 30 Staaten, schwerpunktmäßig vor allem im afrikanischen und asiatischen Raum.

Folgende Problempunkte sind besonders hervorzuheben, bei denen Lösungen im Verhältnis zu den Herkunftsstaaten gefunden werden sollten:

- keine Ausstellung von Pässen bzw. Passersatzpapieren trotz feststehender Staatsangehörigkeit
- langwierige Bearbeitung von Anträgen auf Ausstellung von Reisedokumenten

- intransparente und event. ergebnislose Überprüfungen im Herkunftsland
- hohe, oft nicht erfüllbare Anforderungen an den Nachweis oder die Glaubhaftmachung zur Feststellung der Staatsangehörigkeit durch die diplomatisch-konsularischen Vertretungen des vermuteten Herkunftslandes
- keine Anerkennung einer Rückübernahmeverpflichtung bei gesicherter Identität
- Verknüpfen der Ausstellung von Reisedokumenten mit anderen nicht mit der Rückführung zusammenhängenden Forderungen
- Empfänglichkeit der diplomatisch-konsularischen Vertretungen für Einflussnahme zur Nichtausstellung/Nichtidentifizierung durch Betroffene
- keine Zulassung von Vorführungen zwecks Befragungen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit in den jeweiligen diplomatisch-konsularischen Vertretungen
- hohe Gebührenforderungen für die Ausstellung von Reisedokumenten bzw. Durchführungen von Befragungen bei den diplomatisch-konsularischen Vertretungen

2.1.1.4 Verbesserungsbedarf beim Vollzug der Rückführung

Bei vielen der nicht ausreichend kooperierenden Staaten bestehen auch Akzeptanzprobleme im Hinblick auf die Durchführung von Sammelrückführungsflügen. Oftmals ist die Durchführung von Charterflügen die einzige Möglichkeit, besonders renitente, vollziehbar ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige in das Heimatland zurückzuführen. Dabei wäre es sowohl aus nationaler als auch internationaler (europäischer) Sicht effizienter, gemeinsame Großchartermaßnahmen zu organisieren, denn der Großteil der nicht mittels Linienflug rückführbaren Ausländer wird mit teuren Kleinchartermaßnahmen (max. zwei Rückzuführende) zurückgeführt.

2.1.2 Bedarf im Bereich der freiwilligen Rückkehr

2.1.2.1 Verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit auf nationaler/internationaler Ebene

Anders als bei der Rückführung folgt die Rückkehrförderung keiner bundeseinheitlichen Rahmengesetzgebung. Maßnahmen zur freiwilligen Rückkehr können in Deutschland auf Ebene des Bundes, der Länder und Kommunen angeboten werden. Die zuständigen Behörden sind gesetzlich lediglich dazu verpflichtet, den Personenkreis auf Fördermöglichkeiten der freiwilligen Rückkehr hinzuweisen (§ 11 Abs. 1 AsylbLG). Diese können sich allerdings von Behörde zu Behörde in erheblichem Maße unterscheiden. Abgesehen vom bundesweiten Basisförderprogramm REAG / GARP gibt es deutschlandweit keine einheitlichen Leistungen.

Im Umkehrschluss ergibt sich daraus erhöhter Bedarf an ggf. Koordinierung, Zusammenarbeit und Informationsaustausch auf nationaler Ebene. Neben der nationalen Ebene gilt entsprechendes in gleichem Maße auf europäischer Ebene. Bereits bestehende Ansätze zu Informationsaustausch sollten verstärkt werden, um gerade bei den einzelnen Mitgliedstaaten bestehende Möglichkeiten auch anderen Partnern zu erschließen.

Ein weiteres Problemfeld, in dem Handlungsbedarf besteht, ist die Frage von Rückkehrhindernissen besonders schutzbedürftiger Personen(gruppen). Hierbei treten vor allem immer wieder Fra-

gen im Bereich der medizinischen Abklärung auf. Konkret geht es meist um die Feststellung der Flugreisetauglichkeit (bezogen auf das Inland) oder um die Verfügbarkeit von Medikamenten oder Behandlungsgeräten im Herkunftsland

Außerdem besteht oft erheblicher Klärungsbedarf im Zusammenhang mit Minderjährigen und sonstigen schutzbedürftigen Personen (z. B. alte Menschen, alleinstehende Frauen – u. U. mit Kindern).

2.1.2.2 Steigerung der Zahl der freiwilligen Rückkehrer

Vergleicht man die Gesamtzahlen der freiwilligen Rückkehr mit den Gesamtzahlen der Abschiebungen und setzt sie ins Verhältnis zueinander, ergibt sich folgende Tabelle:

Zahlenverhältnis der freiwilligen Ausreisen und der Abschiebungen 2003 bis 2006

	2003	2004	2005	2006
Freiwillige Ausreise	11.835	9.893	7.448	5.757
Abschiebungen	26.487	23.334	17.773	13.894
Verhältnis	2,24	2,36	2,39	2,41

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Rechnerisch entfallen im Jahr 2006 auf eine freiwillige Ausreise 2,41 Abschiebungen. Insgesamt ist seit 2003 eine Zunahme des Anteils der Abschiebungen erkennbar.

Unter dem Gesichtspunkt des Vorrangs der freiwilligen Rückkehr sollte ein höherer Anteil der freiwilligen Ausreisen erreicht werden.

Hier bietet sich die Bildung eines Netzwerks aller im Bereich der freiwilligen Rückkehr schon bisher Beteiligten oder sonst dafür in Frage kommenden staatlichen und nichtstaatlichen Stellen – sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene – an.

2.1.2.3 Bedarf an gezielter/einzelfallbezogener Rückkehrberatung

Erforderlich ist zunächst der weitere Ausbau einer möglichst flächendeckenden Rückkehrberatung. So ist sichergestellt, dass das Beratungsnetz dicht ist und jeder potentiell Rückkehrwillige die Beratungsleistungen ohne größeren Aufwand realisieren kann.

Ein erster Beratungsansatz muss bereits zu einem frühen Zeitpunkt des Aufenthaltes in Deutschland, etwa bei den Ausländerbehörden oder auch bei den Außenstellen des BAMF gestartet werden. Dabei könnte die ZIRF als zentrale Servicestelle unterstützend mitwirken; sie könnte den Ausländern z. B. eine Liste mit geeigneten und regional relevanten Beratungsstellen an die Hand geben.

Darüber hinaus sind Ausländerbehörden und Sozialämter noch stärker als bisher aufgerufen, auf die eigenen Beratungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen bzw. Beratung stärker selbst auszuüben. Dies wäre ein – in der öffentlichen Diskussion sicher nicht unumstrittener – Ansatz, eine Vertrauensbasis zwischen Ausländer und Behörde zu schaffen, wie sie eher den Verbänden / NRO

unterstellt wird. Denn Ausländerbehörden werden überwiegend in der Funktion derjenigen wahrgenommen, die über den Aufenthalt entscheiden, weniger als Beratungsstelle.

Eine gezielte Beratung sollte mit der Förderung der Personen einhergehen und so für die Rückkehrbereitschaft und damit auch die freiwillige Rückkehr hilfreich sein. Zu diesem Betätigungsfeld der Wiedereingliederungsaktivitäten gehören u. a. die Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen im Herkunftsland, die Vermittlung bei örtlichen Behörden, medizinische und finanzielle Hilfen. Sicher wird es sich auf die Rückkehrbereitschaft positiv auswirken, wenn die Personen eine dauerhafte, z. B. berufliche Perspektive in ihrem potentiellen Zielland erwarten können.

Wichtig ist auch eine auf Nachhaltigkeit gerichtete Weiterbetreuung im Heimatland – der Rückkehrer sollte nach der Rückkehr nicht sich selbst überlassen werden. Es ist daher erstrebenswert, entweder durch geeignete Maßnahmen auf nationaler Ebene eine solche Betreuung vorzusehen oder im Rahmen praktizierten internationalen Networkings mit anderen EU-Mitgliedstaaten und betroffenen Herkunftsländern zusammen zu arbeiten. Denkbar sind etwa Projekte, die vor Ort im Herkunftsland Anlaufstellen, Ausbildungsmöglichkeiten oder Arbeitsplatzvorbereitung bieten.

2.1.2.4 Bedarf an finanziellen Anreizen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat nach § 75 Nr. 7 AufenthG die Aufgabe der Gewährung der Auszahlungen der nach den Programmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr bewilligten (Bundes-)Mittel.

Vor allem gezielt eingesetzte, finanzielle Anreize sind für Maßnahmen der freiwilligen Rückkehr erforderlich. Hierzu werden folgende Verbesserungen des bisherigen Mitteleinsatzes als Bedarf festgestellt:

Anpassung der Leistungen aus dem Förderprogramm REAG/GARP

Die vorhandenen finanziellen Anreize, die das REAG/GARP-Programm derzeit bei einer freiwilligen Ausreise bietet, könnten im Einzelfall nicht hoch genug sein, um allein damit einen ausreichenden Anreiz für eine Rückkehrentscheidung zu geben und die Person maßgeblich zur freiwilligen Rückkehr zu motivieren. Hier ist zu überlegen, ob man die Fördersätze erhöht, bestimmte Rückkehrgebiete stärker fördert, die Förderung zeitlich staffelt, etwa abnehmend korrespondierend zur Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland.

Wichtig ist ein „maßgeschneidertes Angebot“, wobei etwa REAG/GARP als Basis dienen sollte. Freiwillige Rückkehr ist nicht allein eine Frage der Höhe der finanziellen Förderung. Wichtiger ist die zielgerichtete Verwendung der Gelder im jeweiligen Einzelfall.

Kosten für medizinisches Begleitpersonal und Versendung von Medikamenten in Herkunftsländer

Ein großes Hindernis bei der Rückkehr ist die medizinische Versorgung im Heimatland. Personen mit gesundheitlichen Problemen kehren erfahrungsgemäß eher freiwillig (oder nur dann) in ihre Heimat zurück, sofern ihre medizinische Versorgung garantiert werden kann. Problematisch ist hier die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die aus rechtlichen Gründen fraglich ist. Viele Gerichte fordern nämlich zur Vermeidung von zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Heimatland des Ausländers.

In diesem Kontext sind eine Reihe von Modifizierungen/Alternativen zur Behandlung/zum Verbleib in Deutschland denkbar, z. B. die Finanzierung von erforderlichem medizinischen Begleitpersonal und eine bessere Ausstattung mit benötigtem medizinischen Gerät im Herkunftsland oder die Versorgung mit Medikamenten im Heimatland durch Kurierdienste.

2.2 Die konkreten Ziele Deutschlands zur Bedarfsdeckung

Im themenübergreifenden Problemfeld der Rückführungshindernisse bei besonders schutzbedürftigen Personen(gruppen) ist vor allem abzustellen auf Verbesserungen bei der medizinischen/psychologischen Begutachtung, bei der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Ärzten/Psychologen, bei Maßnahmen zur Sicherstellung der notwendigen medizinischen Versorgung und/oder medikamentösen Anschlussbehandlung im Herkunftsland sowie auf geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Inobhutnahme bzw. Betreuung Schutzbedürftiger (z. B. alte Menschen, alleinstehende Frauen – u. U. mit Kindern).

2.2.1 Konkrete Ziele im Bereich der Rückführungen

Ziel der Bemühungen im Bereich der Rückführung ist eine Erhöhung der Zahl der notwendigen Abschiebungen sowie die Verbesserung der dafür erforderlichen Voraussetzungen sein.

Das Verhalten der Rückzuführenden lässt sich nur schwerlich beeinflussen. Gleichwohl ist anzusetzen bei einer Anreizerhöhung zur Mitwirkung und bei der Aufklärung. Unvermeidliche Sanktionen wegen einer Nichtmitwirkung könnten zu einsichtigerem Verhalten führen.

Ein immer wieder vorgeschlagener Ansatzpunkt könnte in der Darreichung eines „Handgeldes“ im Rahmen der Abschiebungen zur Überbrückung von Erschwernissen nach der Ankunft im Herkunftsstaat liegen.

2.2.1.1 Verbesserung des Kooperationsverhaltens der Herkunftsländer

Das Rücknahmeverhalten der betroffenen Herkunftsstaaten sollte positiv gestalten werden. Dies kann etwa durch vertrauensbildende Maßnahmen, die Verbesserung des Informations- / Meinungsaustausches, die Entwicklung gemeinsamer Initiativen, die Abstimmung zu und die Gestaltung von flankierenden Maßnahmen unter den Mitgliedstaaten geschehen.

Ziel der Bemühungen sollte ein Abbau der Hemmnisse und die Verbesserung der Voraussetzungen für notwendige Abschiebungen sein und infolge dessen deren zahlenmäßige Erhöhung.

Daher sind neben den bestehenden gesetzlichen Regelungen bi- und multilaterale Rückübernahmeabkommen für ein effektives „Rückkehrmanagement“ unerlässlich.

Sofern bilaterale Abkommen gewisse Anreize zum Abschluss eines Abkommens („Gegenleistung“) enthalten, die über den allgemeinen Regelungsgehalt zur Rückkehr hinausgehen, sollte für die EU-Ebene beachtet werden, dass die europäischen Aufnahmestaaten nicht gegeneinander ausgespielt werden können, dass sich aber auch bei Gewährung von Finanzmitteln als Anreiz für Rückübernahmen kein Herkunftsland benachteiligt fühlen kann.

Es sollte in diesem Zusammenhang auch die Gelegenheit genutzt werden, die Akzeptanz bzgl. der operativen Durchführung von Rückführungen zu erhöhen und bestehende Restriktionen, wie zum Beispiel die Beschränkung auf einige wenige Personen, wie bei einigen afrikanischen Staaten, zu beseitigen.

Rückübernahmeabkommen gelten als bewährte Mittel zur Beseitigung von Rückführungshindernissen, weshalb weitere Abkommen anzustreben sind. In geeigneten Fällen kämen auch (technische) Absprachen statt förmlicher Rückübernahmeabkommen in Betracht, z. B. als Memorandum of Understanding (MoU) bzw. Verfahrensabsprachen auf Arbeitsebene.

Weitere Möglichkeiten, die bereits in Einzelfällen etabliert wurden, wie etwa die Einladung von ausländischen Expertengruppen zu Identifizierungsmaßnahmen, sollten in größerem Umfang genutzt werden. Ferner sollte auch überlegt werden, ob und ggf. wie bestimmte migrationspolitische Maßnahmen oder solche der migrationspolitischen Rückkehrförderung zu einer gezeigten Kooperationsbereitschaft gewisser Drittstaaten in Rückführungs- bzw. Rückkehrbelangen in Bezug gesetzt werden können; weil Einwirkungen gegenüber kooperationsunwilligen Staaten ansonsten nur beschränkt möglich sind, könnte ein ganzheitlicher Politikansatz hilfreich sein

2.2.1.2 Feststellung der Staatsangehörigkeit und der Identität ausreisepflichtiger Personen

Weiteres Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Schwierigkeiten auszuräumen, soweit es die Feststellung der Identität, die Beschaffung von Ausweis-, Reise- und Passersatzpapieren betrifft. Hier kommt insbesondere die Anreise von Experten aus den Herkunftsländern in Betracht, die Ausreisepflichtige befragen, damit anschließend Reisedokumente ausgestellt werden können.

Von großer Bedeutung für die Praxis sind geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Beweislage gegenüber den diplomatisch-konsularischen Vertretungen der betroffenen Herkunftstaaten. Anzustreben sind insbesondere Möglichkeiten zur Durchführung eigener Recherchen in den Herkunftsländern, wenn deren Überprüfungsverfahren und/oder Kooperationsverhalten unzulänglich ist.

Außerdem ist verstärkt auf Optimierungen bei den Anforderungen zum Nachweis bzw. zur Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit abzustellen.

2.2.1.3 Bessere Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene

Die Bundesländer (national) und die Mitgliedstaaten (international) verfahren bei Rückführungen nicht einheitlich, insbesondere unterscheiden sich Abläufe und Organisationsweisen. Hier sollten im Sinne synergetischen Handelns Angleichungen angestrebt werden. Die konkreten Ziele sind daher:

- Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verfahren bei Rückführungen
- Zusammenarbeit zum Zwecke verbesserter Beziehungen zu den diplomatisch-konsularischen Vertretungen und Einwanderungsbehörden der Herkunftsländer
- Bessere Zusammenarbeit der Verwaltungs-, Strafverfolgungs- und Justizbehörden.

Bei Maßnahmen der Passersatzbeschaffung und der praktischen Rückführung sind bewährte Kooperationsformen mit den europäischen Partnern auszubauen. So hat sich etwa die europäische Zusammenarbeit bei der Planung und Durchführung von Sammelrückführungen bereits bewährt

Soweit es tatsächliche Hindernisse bei der Rückführung auf dem Luftweg betrifft, sind Maßnahmen zur Verbesserung der technischen Ausstattung ebenso anzustreben wie vertrauensbildende Maßnahmen, Kooperationen mit den Mitgliedstaaten, die Entwicklung von alternativen Rückführungsmöglichkeiten und die Akzeptanzerhöhung für Chartermaßnahmen in den Zielländern.

Insgesamt sind die Vorteile eines optimierten Informationsaustausches, die Erhöhung der Transparenz bei den Aktivitäten des Mitgliedstaaten und eine Harmonisierung im Vorgehen der Mitgliedstaaten gegenüber Drittstaaten zu eruieren und umzusetzen.

Erstrebenswert könnten auch Ideen zur Optimierung der öffentlichen Wahrnehmung von Rückführungsmaßnahmen sowie solche für den Umgang mit interessierten Dritten bzw. der Öffentlichkeit sein.

2.2.2 Konkrete Ziele im Bereich der freiwilligen Rückkehr

Im themenübergreifenden Problemfeld der Rückkehrförderung für besonders schutzbedürftige Personen(-gruppen) ist vor allem abzustellen auf Verbesserungen bei der medizinischen / psychologischen Begutachtung, bei der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Ärzten/Psychologen, bei Maßnahmen zur Sicherstellung der notwendigen medizinischen Versorgung und/oder medikamentösen Anschlussbehandlung im Herkunftsland sowie auf geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Inobhutnahme bzw. Betreuung Schutzbedürftiger (z. B. alte Menschen, alleinstehende Frauen – u. U. mit Kindern).

2.2.2.1 Förderung der Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr

Ein vorrangiges Ziel ist insgesamt die Weiterentwicklung eines integrierten und integrierenden Rückkehrmanagements im Bereich der freiwilligen Rückkehr.

Das Zahlenverhältnis zwischen freiwilliger und zwangsweiser Rückkehr (2,41 Abschiebungen im Verhältnis zu einem freiwilligen Rückkehrer im Jahr 2006) bedarf einer Analyse; eine Annäherung der Zahlen durch Erhöhung der Zahl freiwilliger Ausreisen sollte angestrebt werden.

Zu diesem Zweck sind neue Ansätze und die Initiierung neuer Ideen bei der Anreizgestaltung für die freiwillige Rückkehr, so etwa ein besonderer Anreiz in Form verstärkter Rückkehrhilfe in bestimmten Konstellationen erforderlich.

Zu Gunsten individueller freiwilliger Rückkehrentscheidungen werden folgende konkreten Ziele verfolgt:

- Aufbau und Stützung einer verbesserten flächendeckenden Beratungsstruktur für Asylbewerber und Unterstützung bei administrativen Schritten
- Entwicklung eines neuen oder verbesserten Ansatzes zur medizinischen Versorgung im Heimatland sowie zur Unterstützung von Frauen, Kindern und Jugendlichen, insbesondere unbegleiteter minderjähriger Ausländer sowie Opfer von Menschenhandel
- Rückkehrhilfe- und Reintegrationsprogramme mit differenzierten Auffangstrukturen im Heimatland und nachhaltigen Wiedereingliederungsmaßnahmen
- Verstärkte Evaluierung durchgeführter Projekte

2.2.2.2 Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene

Die konkreten Ziele in der Zusammenarbeit auf nationaler Ebene sind:

- Prüfung von Möglichkeiten wechselseitiger Berücksichtigung von Förderprogrammen der freiwilligen Rückkehr mit Programmen zur Entwicklungszusammenarbeit
- Optimierung der Zusammenarbeit der mit freiwilliger Rückkehr befassten Behörden in den Bundesländern und Vernetzung der unterschiedlichen Behörden
- Gemeinsame Konzepte und Aktionen zu einer besseren Nachhaltigkeit der freiwilligen Rückkehr

Die konkreten Ziele in der internationalen Zusammenarbeit sind:

Eine Zunahme der freiwilligen Rückkehr ist auch durch internationale Zusammenarbeit anzustreben:

Es müssen im internationalen Kontext vorhandene Kontakte ausgebaut werden, um von gegenseitigen Erkenntnissen und Erfahrungen im Wege eines Benchmarking zu profitieren bzw. andere profitieren zu lassen. Hier bietet es sich an, in ausgewählten Herkunftsländern vorhandene oder neu zu schaffende Anlaufstellen, z. B. als Erstaufnahmeeinrichtung oder als Aus-/ Fortbildungsstätte, zu errichten bzw. zu nutzen. Insoweit könnten Hilfestellungen unterschiedlichster Art für den (Neu-)Anfang im Heimatland angeboten werden. Auch die einheimische Bevölkerung sollte einbezogen werden, um Neideffekten zu begegnen und den „Pull-Faktor“ zu entkräften.

Außerdem sind folgende Handlungsfelder denkbar:

- Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit den diplomatisch-konsularischen Vertretungen von Drittländern zur Erlangung von Reisedokumenten für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen
- Konzeption und Umsetzung gemeinsamer integrierter Rückkehrpläne
- gemeinsame Dokumentationen und Lageberichte betreffend Herkunfts-/Transitländer
- Erfahrungsaustausch und Kooperation der Mitgliedstaaten, z. B. durch Tagungen und Konferenzen, welche Maßnahmen (z. B. Anreize, Beratungen) geeignet sind, ausreisepflichtige Personen zur freiwilligen Rückkehr möglichst optimal zu bewegen.

3. STRATEGIE ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

3.1 Priorität 1: „Unterstützung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Rückkehrmanagementstrategie“

A) Ziel(e) der Strategie und Beispiele für Leitaktionen

Ziel der Rückkehrmanagementstrategie ist die spürbare Steigerung der Rückkehr in die Herkunftsländer durch eine Optimierung von Organisation und Umsetzung eines bedarfsgerechten Rückkehrmanagements. Das wird unter den föderalen Bedingungen in Deutschland erreicht durch eine gründliche Bestandsaufnahme bei allen Beteiligten, das bedeutet konkret, den IST-Zustand zu erfassen, die vorhandenen Problemfelder zu erkennen und diese zu beschreiben. In der Folge sind vorhandene Konzepte ggf. zu optimieren und erforderliche neue Strukturen zu entwickeln. Schließlich bedarf es der Umsetzung dieser Analyseergebnisse und der Realisierung durch bestimmte und bestimmbare Projekte.

Zur Entwicklung eines integrierten Rückkehrmanagements sollen insbesondere folgende Leitaktionen durchgeführt werden:

- a) Verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit der für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen zuständigen Behörden und Polizeistellen auf nationaler Ebene
- b) Verbesserung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten zwecks Identifizierung und ggf. Beseitigung personenbezogener Rückführungshindernisse
- c) Verbesserung von Beratung und Information zu den Herkunftsländern zur Förderung des Entschlusses, freiwillig zurückzukehren
- d) Finanzielle Anreize und Hilfen bei Wiedereingliederung im Herkunftsland

B) Beschreibung der betreffenden Zielsetzungen und der verwendeten Indikatoren

Leitaktion a): Verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit der für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen zuständigen Behörden und Polizeistellen auf nationaler Ebene

Folgende Zielsetzungen sollten eine Basis für Lösungsansätze bieten:

- Durchführung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches der nationalen Behörden zur Passersatzbeschaffung
- Durchführung von Vorabmissionen der Bundes- und Länderpolizeien in den Zielländern zur Vorbereitung von Rückführungsmaßnahmen und Unterstützung der notwendigen Aktivitäten am Zielort
- Planung und Abstimmung von Rückführungen, zum Beispiel mittels Charterflügen
- Festlegung von Ausbildungszielen und Sicherheitsstandards für die Eskorten bei gemeinsamen Rückführungsmaßnahmen

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Menge des Informationsaustausches
- Messwerte für die Wissensvermehrung auf unterschiedlichen Arbeitsfeldern (z. B. internationale Standards, Gesetzgebung, Praxis, Verwaltung, Zusammenarbeit)
- Umfang der Straffung/Verkürzung von Verfahrens-/Zeitabläufen
- Messbarkeit der Reduzierung von Verwaltungsaufwand
- Personelle Kapazitätserhöhung in den handelnden Behörden/Institutionen

Leitaktion b): Verbesserung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten zwecks Identifizierung und ggf. Beseitigung personenbezogener Rückführungshindernisse

Vor allem folgende Zielsetzungen sollten hier eine Basis für Lösungsansätze bieten:

- Aufbau und Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Botschaften und Konsulaten der Herkunftsländer
- Problembereich Identifizierung und Passbeschaffung - Beweismittelanforderungen der diplomatisch-konsularischen Vertretungen reduzieren und Schaffung einer besseren Beweislage bei den antragstellenden Behörden
- Erarbeitung bester Praktiken für die Bereitstellung der für die Rückführung erforderlichen Reisedokumente und Passersatzpapiere
- integrierte Rückkehrpläne zur Unterstützung der Rückkehr von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, die nicht unter ein Rückübernahmeabkommen der Gemeinschaft oder ein nationales bilaterales Rückübernahmeabkommen fallen, in die Herkunfts- oder Transitländer bzw. die Länder des vorherigen Aufenthaltes, mit denen sich eine Zusammenarbeit in Rückkehrfragen besonders schwierig gestaltet.
- operative Hilfen bei Problemen mit diplomatisch-konsularischen Vertretungen

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Anzahl der bei den diplomatisch-konsularischen Vertretungen erreichten Identitätsfeststellungen und Passausstellungen
- Anzahl der neu aufgenommenen Kontakte zu den Behörden der Herkunftsländer
- Umfang der Straffung/Verkürzung von Verfahrens-/Zeitabläufen
- Erreichte Anzahl der Länder mit vorbildlichen Bedingungen für eine sichere und würdevolle Rückkehr
- Personelle Kapazitätserhöhung in den handelnden Behörden/Institutionen

Leitaktion c): Verbesserung von Beratung und Information zu den Herkunftsländern

Vor allem folgende Zielsetzungen sollten eine Basis für Lösungsansätze bieten:

- Festlegung von Beratungsstandards, um bundesweit ein stringentes, effizientes Beratungsangebot zu unterbreiten
- eine frühe Aufnahme der Beratung sollte intensiviert werden
- Beratungen sollten vermehrt auch durch die Ausländerbehörden angeboten werden

Im Wesentlichen werden quantitative Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Anstieg der Zahl der freiwilligen Rückkehrer
- Rückgang der Zahl der Rückgeführten
- Rückgang der Zahl erneuter Einreisen
- Anzahl der mit Beratung erreichten Personen

Leitaktion d): Finanzielle Anreize und Hilfen bei Wiedereingliederung im Herkunftsland

Vor allem folgende Zielsetzungen sollten hier eine Basis für Lösungsansätze bieten:

- Installierung von Verbindungsbeamten zur Recherche und Unterstützung der Rückkehr in bestimmten Herkunftsländern
- Rückkehranreize durch finanzielle Hilfen und Fortbildungsangebote, die speziell der Existenzsicherung, der beruflichen Entfaltung und der Gesundheitsförderung im Herkunftsland dienen
- Ausbau von Beratungs- und Betreuungsstellen in den Herkunftsländern
- Finanzierung von medizinischen Behandlungskosten in den Herkunftsländern

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Anzahl der Rückkehrer mit Hilfe von geschaffenen Arbeitsstrukturen
- Anzahl/Anstieg der geschaffenen Fortbildungs-/Ausbildungs-/Arbeitsplätze in den Herkunftsländern
- Rückgang der Zahl der erneuten Einreisen

C) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Spezifische Prioritäten sollen bei Leitaktionen b), und d) umgesetzt werden.

Leitaktion b): Verbesserung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten zwecks Intensivierung und Verbesserung der Behördenzusammenarbeit mit den Zielstaaten

Es sollen bei der Umsetzung der Leitaktion b) integrierte Rückkehrpläne betreffend solche Herkunftsstaaten als spezifische Priorität gefördert werden, die nicht unter ein Rückübernahmeabkommen der Gemeinschaft oder ein nationales bilaterales Rückübernahmeabkommen fallen. Gerade in diesem Bereich besteht ein besonders hoher Nachholbedarf der Bundesrepublik Deutschland.

Leitaktion d): finanzielle Anreize und Hilfen bei Wiedereingliederung im Herkunftsland

Es sollen bei der Umsetzung der Leitaktion b) insbesondere finanzielle Anreize und Maßnahmen, die auf die besondere Lage schutzbedürftiger Rückkehrer zugeschnitten sind, als spezifische Prioritäten gefördert werden. Gerade dieser Personenkreis hat mit Schwierigkeiten bei der Reintegration besonders zu kämpfen und bedarf verstärkter Hilfe.

3.2 Priorität 2: „Unterstützung für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beim Rückkehrmanagement“

A) Ziel der Strategie und Beispiele für Leitaktionen

Ziel ist die Stärkung und Verbesserung der Arbeitsbeziehungen der Mitgliedstaaten auf verschiedenen Ebenen. Dies geschieht durch verstärkte Netzwerkbildung bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Aktivitäten im Rahmen von Rückkehrplänen. Es zeigt sich, dass alle Mitgliedstaaten im Bereich Rückkehr häufig sehr viele Hindernisse im Zusammenhang mit Rückführungen zu bewältigen haben. Wesentliche Hindernisse sind die nicht geklärte Identität der Betroffenen und/oder das Fehlen der erforderlichen Reisedokumente. Zur Bewältigung solcher Schwierigkeiten ist anzustreben, die Zusammenarbeit mit den diplomatisch-konsularischen Vertretungen und ggf. anderen zuständigen Stellen der Herkunftsländer zu verbessern sowie den Informationsaustausch und die operative Zusammenarbeit untereinander in Bezug auf die Zusammenarbeit mit diesen Stellen zu intensivieren.

Maßnahmen hierbei könnten sein die regionale Schwerpunktbildung, Planung und Durchführung von Rückkehr unter Kostenteilung sowie gemeinsame Reintegrationsaktivitäten.

Zur Aufstellung und Durchführung integrierter Rückkehrpläne sollen vorrangig folgende Leitaktionen durchgeführt werden:

- a) Durchführung eines regelmäßigen Erfahrungsaustauschs mit anderen EU-Mitgliedstaaten zur Passersatzpapierbeschaffung und Zusammenarbeit mit den dort ansässigen Botschaften und Konsulaten, insbesondere zu Problemstaaten
- b) Gemeinschaftliche Rückführaktionen, zum Beispiel mittels Sammelcharterflügen

B) Beschreibung der betreffenden Zielsetzungen und der verwendeten Indikatoren

Leitaktion a): Durchführung eines regelmäßigen Erfahrungsaustauschs mit anderen EU-Mitgliedstaaten zur Passersatzpapierbeschaffung und Zusammenarbeit mit den dort ansässigen Botschaften und Konsulaten, insbesondere zu Problemstaaten

- Veranstaltung von Foren zum Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitgliedstaaten untereinander, Vernetzung der jeweils in den Mitgliedstaaten zuständigen Behörden
- Intensivierung einer untereinander abgestimmten Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten mit den diplomatischen Vertretungen und Migrationsbehörden bestimmter Zielstaaten zur Verbesserung der Identifizierung und Beschaffung von Reisedokumenten

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Menge des Informationsaustausches
- Messwerte für die Wissensvermehrung auf unterschiedlichen Arbeitsfeldern (z. B. internationale Standards, Gesetzgebung, Praxis, Verwaltung, Zusammenarbeit)
- Umfang der Straffung/Verkürzung von Verfahrens-/Zeitabläufen
- Messbarkeit der Reduzierung von Verwaltungsaufwand
- Erreichte Anzahl der Länder mit vorbildlichen Bedingungen für eine sichere und würdevolle Rückkehr

Leitaktion b) Gemeinschaftliche Rückführaktionen, zum Beispiel mittels Sammelcharterflügen

Als Zielsetzungen in bestimmten Bereichen des integrierten Rückkehrmanagements werden gemeinschaftliche Aktionen der Mitgliedstaaten verfolgt wie:

- Gemeinsame Rückführungen auf dem Luft- oder dem Landweg
- Gemeinsame Vorbereitung, Durchführung, Follow-up von Rückführungsmaßnahmen

Als Indikator käme die Anzahl der neu durchgeführten gemeinsamen Rückführungsaktionen in Betracht.

C) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Mit spezifischer Priorität können gefördert werden gemeinschaftlich von Mitgliedstaaten durchgeführte integrierte Rückkehrpläne mit dem Ziel, die Kompetenzen, Erfahrungen und Ressourcen der Behörden der Mitgliedstaaten und anderer Nichtregierungsorganisationen gemeinsam zu nutzen.

3.3 Priorität 3: „Unterstützung für besondere innovative (inter)nationale Instrumente des Rückkehrmanagements“

A) Ziel der Strategie und Beispiele für Leitaktionen

Ziel der Rückkehrmanagementstrategie ist die spürbare Steigerung der freiwilligen Rückkehrer in ihre Herkunftsländer durch ein Bündel von besonderen Anreizen, die in besonderer Weise den Bedürfnissen der potentiellen Rückkehrer entgegenkommen.

Hierfür wird folgende Leitaktion vorgeschlagen.

Förderung von Innovativität.

Bei den Maßnahmeträgern soll darauf hin gewirkt werden, dass sie mittels Entwicklung und Umsetzung besonders innovativer Projektideen dem Rückkehrmanagement besondere Impulse geben und insofern zu dessen Erfolg maßgeblich beitragen. Solche Projektideen können sich auf alle oben genannte Bereiche wie Beratung, Wiedereingliederung, Zusammenarbeit mit den Konsularstellen und Einwanderungsbehörden der Herkunftsländer beziehen.

B) Beschreibung der betreffenden Zielsetzungen und der verwendeten Indikatoren

Vor allem folgende Zielsetzungen sollten eine Basis für Lösungsansätze bieten:

- Innovative Projekte zur Verbesserung von Rückkehrberatung und Informationslage betreffend Herkunftsländer
- Innovative Projekte zu Wiedereingliederungsmaßnahmen für Rückkehrer in ihrem Herkunftsland
- Innovative Projekte zu Methoden der Zusammenarbeit mit diplomatisch-konsularischen Vertretungen und/oder Migrationsbehörden

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Anstieg der Zahl der freiwilligen Rückkehrer
- Rückgang der Zahl der Rückgeführten
- Rückgang der Zahl erneuter Einreisen

C) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Als spezifische Priorität könnten gefördert werden:

- Projekte, die besonders innovative Mittel und Wege aufzeigen, wie potenzielle Rückkehrer über die Situation in den Herkunftsländern informiert und wie sie beraten werden können, und/oder andere innovative Anreize mit dem Ziel, die Zahl der freiwilligen Rückkehrer unter Achtung der Würde des Einzelnen zu erhöhen
- Projekte, mit denen neue Arbeitsmethoden erprobt werden, die die Ausstellung von Ausweispapieren für Rückkehrer in Zusammenarbeit mit den Konsularstellen und Einwanderungsbehörden von Drittländern beschleunigen sollen
- Installierung von Verbindungsbeamten zur Recherche und Unterstützung der Rückkehr in bestimmten Herkunftsländern
- Einrichtung von Stellen im Zielland, die den Rückkehrer empfangen und unterstützen, z. B. in Fragen der Unterkunft und Beschäftigung
- Projekte, die die Zielrichtung der (Mit-)Finanzierung einer medizinischen Grundversorgung sichern helfen.

3.4 Priorität 4: „Förderung von Gemeinschaftsnormen und bewährten Praktiken im Bereich des Rückkehrmanagements“

A) Ziel der Strategie und Beispiele für Leitaktionen

Allgemeines Ziel ist eine Verbesserung in der Anwendung der Gemeinschaftsnormen und eine Verbesserung in der praktischen Arbeit durch Lernen aus Best-Practice-Beispielen. Im Fokus der Priorität 4 stehen insoweit die nationalen (Verwaltungs-) Behörden, die entsprechenden Behörden der Mitgliedstaaten sowie die Politik.

Als Leitaktionen kommen hier in Betracht Fortbildungs- und Vernetzungsprojekte betreffend Erlernen von Gemeinschaftsnormen und Best-Practice-Beispielen.

B) Beschreibung der betreffenden Zielsetzungen und der verwendeten Indikatoren

Vor allem folgende Zielsetzungen sollten eine Basis für Lösungsansätze bieten:

- Ausbau aller benötigten Kapazitäten innerhalb der fraglichen Behörden in qualitativer und quantitativer Hinsicht zur besseren Umsetzung von Gemeinschaftsnormen
- effiziente Schulung, Aus- und Fortbildung von Personal zu Gemeinschaftsnormen

- sach- und zielgerichtete Verbesserung der Zusammenarbeit durch größtmögliche Akzeptanz der besten Erfahrungen und Praktiken
- Begleitung und Umsetzung der Gemeinschafts-Rückübernahmeabkommen der EU mit Drittstaaten
- Kontaktaufnahme und weiteres Monitoring des Rückkehrers, um bei Bedarf durch geeignete Maßnahmen dessen Etablierung im Zielland zu begünstigen

Als Indikatoren kommen in Betracht.

- Anzahl der Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen sowie der Teilnehmer daran
- Anzahl der in ihren Herkunftsländern kontaktierten Rückkehrer

C) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Als spezifische Priorität könnte gefördert werden die Evaluierung von Rückkehrprogrammen zur Feststellung von Best-Practice-Fällen

4. VEREINBARKEIT MIT ANDEREN INSTRUMENTARIEN

Die unter Ziffer 3. dargelegte Strategie ist mit anderen regionalen, nationalen und Gemeinschaftsinstrumentarien vereinbar. Sie steht im Einklang mit den rückkehrpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

Diese Vereinbarkeit wird für alle Prioritäten erzielt und sichergestellt durch regelmäßigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit allen beteiligten Akteuren, d. h. mit den staatlichen und den sonstigen beteiligten Stellen, sowie durch die konsequente Umsetzung von gewonnenen Erkenntnissen. Der Austausch bezieht insbesondere die Mitgliedstaaten, die Bundesländer, die Kommunen, die Verbände der Wohlfahrtspflege und die maßgeblichen (inter)nationalen Institutionen ein.

Diese Zusammenarbeit ist bei der Erstellung des Mehrjahresprogramms 2008 bis 2013 praktiziert worden. Entsprechendes gilt auch für die einzelnen Jahresprogramme.

Gelegentlich solcher Konsultationen werden laufende Programme und Projekte besprochen, es werden Zielabweichungen diskutiert, neue Ideen und Strategien erörtert und auf ihre Verwertbarkeit bzw. Umsetzbarkeit hin geprüft. Erzielte Ergebnisse werden abgestimmt. Wo sinnvoll und notwendig führen neue Erkenntnisse zur Anpassung von Konzepten, Programmen und Projekten. Das alles geschieht in engem Kontakt zu den im konkreten Fall Betroffenen.

Damit ist sichergestellt, dass eingesetzte Mittel (nationale wie internationale) zielführend, wirtschaftlich und wirksam verwendet werden. Die Nachhaltigkeit der Wirkung ist dabei insgesamt ein übergeordneter Faktor der Steuerung. Doppelförderung findet nicht statt.

All das gilt im Bereich der freiwilligen Rückkehr vor allem für die Programme „REAG“ - *Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany* - und „GARP“ - *Government Assisted Repatriation Programme*. Diese Programme werden seit Jahren bereits ausgeführt; sie sind zeitweise und nach Entscheidung der einzelnen Bundesländer oder Kommunen begleitet durch ergänzende Programme/Maßnahmen zur Rückkehrförderung. Auf diese Umstände sind die unter Ziffer 3. angeführten Ziele/Prioritäten mit den Betroffenen abgestimmt worden. Diese wurden dazu ausdrücklich in die Genese der unter Ziffer 3. genannten Überlegungen einbezogen. Das kommt auch in der sehr dezidierten Aufzählung der geplanten Aktionen/Maßnahmen zum Ausdruck.

Die Maßnahmen des Rückkehrfonds betreffend Perspektiven- und Rückkehrberatung von freiwilligen Rückkehrern und deren Reintegration in den Herkunftsländern werden die Projektmaßnahmen des Europäischen Flüchtlingsfonds II betreffend Freiwillige Rückkehr ergänzen. Insoweit sei hingewiesen auf das Mehrjahresprogramm 2005 bis 2007 sowie auf das Jahresprogramm 2007 zum EFF II.

So werden insbesondere bisher schon geförderte Rückkehrprojekte betreffend die Herkunftsgebiete Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Türkei und Afghanistan auch weiterhin aus Mitteln des Rückkehrfonds unterstützt.

Dies geschieht auch in einer ähnlichen finanziellen Größenordnung. Wurden im Förderjahr 2007 rund 3,5 Mio EUR für Projekte der freiwilligen Rückkehr aus Mitteln des EFF II finanziert, werden es im Förderjahr 2008 etwa 3,8 Mio EUR sein.

Maßgeblich wird auch auf die Einhaltung der Prinzipien der Komplementarität, der Kohärenz und der Konformität geachtet. Solche sind z. B. fachspezifische Schulungen des Personals, festgelegte Verfahrensabläufe (etwa bereits bei den Ausschreibungen), eingehende, kompetente Prüfungen und begleitende Personalgespräche.

5 GERÜST FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER STRATEGIE

5.1 Veröffentlichung des Programms

Das Mehrjahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland wird im Internet unter www.bamf.de veröffentlicht. Im öffentlichen Ausschreibungsverfahren wird ebenfalls auf das Mehrjahresprogramm verwiesen. Die Ausschreibung wird im Bundesanzeiger und im Internet publik gemacht.

5.2 Gewählter Ansatz zur Implementierung des partnerschaftlichen Prinzips

Zur Ermittlung von Lage und Bedarf im Bereich des ERF in der Bundesrepublik Deutschland wurden die Bundesländer, Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, die Verbände der Wohlfahrtspflege und die maßgeblichen internationalen Institutionen bereits im Vorfeld der Konzeption des MJP um schriftliche Beiträge und ihre Einschätzung bei dafür ausgerichteten Tagungen gebeten. Nach der Implementierung des ERF werden laufende Kontakte zu den vorerwähnten Stellen im partnerschaftlich geprägten Umgang gewährleisten, dass die relevanten Informationen ausgetauscht, die maßgeblichen Vorschriften eingehalten und die erforderlichen Entscheidungen getroffen werden.

6. INDIKATIVER FINANZPLAN

6.1 Gemeinschaftsbeitrag

6.1.1 Tabelle

Mehrjahresprogramm – Entwurf Finanzplan							
Tabelle 1: Gemeinschaftsbeitrag							
Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland							
Fonds: Europäischer Rückkehrfonds							
(in T Euro – aktuelle Preise)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
<u>Priorität 1:</u> Unterstützung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Rückkehrmanagementstrategie	865	765	1.666	2 432	3 558	4 246	13 532
<u>Priorität 2:</u> Unterstützung für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beim Rückkehrmanagement			500	700	1 000	2 000	4 200
<u>Priorität 3:</u> Unterstützung für besondere innovative (inter)nationale Instrumente des Rückkehrmanagements	2 286	2 039	2.277	3 354	4 929	5 078	19 963
<u>Priorität 4:</u> Förderung von Gemeinschaftsnormen und bewährten Praktiken im Bereich des Rückkehrmanagements	710	610	1 111	1 621	2.372	2 831	9.255
Technische Hilfe	323	289	450	369	525	621	2 577
Gesamt	4.184	3.703	6.004	8.476	12 384	14.776	49.527

6.1.2 Anmerkungen zu den Zahlen / Tendenzen

Für die „Prioritäten“ 1 und 3 der strategischen Leitlinien werden seitens der Bundesrepublik Deutschland jeweils 30 % und für die „Prioritäten“ 2 und 4 jeweils 20 % der gesamten im Förderjahr zugewiesenen Finanzmittel für eine Kofinanzierung der in Artikel 3 der Entscheidung 2007/575/EG genannten Maßnahmen vorgesehen.

Es werden voraussichtlich ca. 2/3 des Gesamtbetrags für mehrjährige Projektanträge zur Verfügung gestellt. Die verbleibenden Fördermittel werden auf die im Rahmen einer maximalen Förderung in Höhe von 50 % bedachten Projektanträge, verteilt.

Hierzu liegen insgesamt allerdings bisher keine Erfahrungswerte vor. Eine Anpassung bleibt vorbehalten.

Die „Technische Hilfe“ hält sich im vorgegebenen Rahmen und beträgt gemäß Artikel 17 der Entscheidung 2007/575/EG:

- für den Zeitraum 2008 bis 2010: 7 % des Gesamtbetrages der jährlichen Mittelzuweisung zuzüglich 30.000,00 EUR
- für den Zeitraum 2011 bis 2013: 4 % des Gesamtbetrages der jährlichen Mittelzuweisung zuzüglich 30 000,00 Euro.

Im gesamten Fondszeitraum 2008 bis 2013 wird nach den derzeitigen Berechnungen ein Gemeinschaftsbeitrag in Höhe von 49.527.000 Euro zur Verfügung stehen.

6.2 Gesamtfinanzplan

6.2.1 Tabelle

Mehrfjahresprogramm – Entwurf Finanzplan							
Tabelle 2: Gesamtfinanzplan							
Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland							
Fonds: Europäischer Rückkehrfonds							
(in T Euro – aktuelle Preise)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
Gemeinschaftsbeitrag	4 184	3 703	6 004	8 476	12 384	14.776	49.527
Öffentliche Kofinanzierung	2 030	1 628	2.729	3 853	5 629	6.716	22 585
Private Kofinanzierung	1.401	1.401	2.183	3.082	4 503	5.373	17 943
Gesamt	7 615	6.732	10.916	15 411	22.516	26.865	90.055
Gemeinschaftsbeitrag in %	55 %	55 %	55 %	55 %	55 %	55 %	55 %

6.2.2 Anmerkungen zu den Zahlen / Tendenzen

Der Gesamtfinanzplan beinhaltet zum einen die Summe der jährlich der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellten Finanzmittel, ohne Abzug der technischen Hilfe. Dieser „Gemeinschaftsbeitrag“ wurde mit 55 % angesetzt.

Diese Beträge werden zum zweiten ergänzt um die Mittel der „öffentlichen“ und der „privaten Kofinanzierung“; dafür verbleiben sonach 45 %.

Die „öffentlichen Kofinanzierungsmittel“ werden danach mit 25 % , die „privaten Kofinanzierungsmittel“ (einschließlich der Eigenleistungen durch die Antragsteller) mit 20 % angenommen. Die so ermittelten Beträge wurden für die Förderjahre ab 2008 in der oben aufgeführten Tabelle zu Grunde gelegt.

Auch zu diesen Ansätzen liegen insgesamt keine Erfahrungswerte vor; Anpassungen müssen daher vorbehalten bleiben.

Im gesamten Zeitraum 2008 bis 2013 des Europäischen Rückkehrfonds wird nach den derzeitigen Berechnungen von einem Gesamtprojektvolumen für die Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 90.055.000 Euro ausgegangen.

(Unterschrift der zuständigen Person)

ANHANG 2

Jahresprogramm Deutschlands für 2008

- Annex 2 -

Jahresprogramm

MITGLIEDSTAAT: Bundesrepublik Deutschland

FONDS: Europäischer Rückkehrfonds

ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

PROGRAMMJAH: 2008

1. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN FÜR DIE AUSWAHL VON IM RAHMEN DES PROGRAMMS ZU FINANZIERENDEN PROJEKTEN

- Entscheidung des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Mai 2007 (Nr. 575/2007/EG)
- Durchführungsbestimmungen der Kommission 2008/458/EG
- Förderrichtlinie des Bundesministeriums des Innern zur Entscheidung des Europäischen Parlamentes und des Rates Nr. 575/2007/EG
- § 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften
- Verdingungsordnung für Leistungen (VOL)

Verfahren der Projektauswahl:

Die Zuständige Behörde fungiert sowohl als Vergabegremium als auch als Durchführungsstelle.

1.

„Zuständige Behörde fungiert als Vergabegremium“:

Projekte werden im Wege jährlicher offener Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen durchgeführt, da eine große Zahl von Endbegünstigten erwartet wird. Die Projekte werden sowohl von öffentlichen als auch nicht-öffentlichen Einrichtungen (kommunale Behörden und Nichtregierungsorganisationen) durchgeführt.

Der Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen wurde am 04. September 2008 im Internet veröffentlicht. Geplanter Fristablauf für die Einreichung von Anträgen auf Gewährung von Zuwendungen aus dem Europäischen Rückkehrfonds des Förderjahres 2008 ist der 20. Oktober 2008. Unmittelbar danach schließt sich das Auswahlverfahren für RF-Projekte an. Dieses Verfahren soll im vierten Quartal 2008 durchgeführt werden. Bei der Entscheidung über die Projektanträge werden auch die für Rückkehrfragen zuständigen Länderministerien beteiligt.

Die eingegangenen Anträge werden geöffnet, registriert, auf Vollständigkeit geprüft und dann bewertet.

Die Ermessensentscheidung über Projektanträge wird von einer Vielzahl von Kriterien bestimmt, die in einer Gesamtbetrachtung zu berücksichtigen und zu gewichten sind. Selbstverständlich werden von vornherein solche Anträge abgelehnt, die die formalen Voraussetzungen nicht erfüllen (verfristete Anträge, fehlende Kofinanzierung) oder offensichtliche Mängel aufweisen (Benennung einer nicht förderfähigen Zielgruppe, abwegige Projektideen).

Bei der Entscheidung über die Projektanträge werden auch die Kriterien des Artikel 15 Abs. 5 in Verbindung Art. 18 ff der Entscheidung des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Mai 2007 (Nr. 575/2007/EG) beachtet.

Danach werden die Projekte nach folgenden „Mindestkriterien“ ausgewählt:

- Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland
- Kosteneffektivität der Mittel, insbesondere unter Berücksichtigung der Zahl der betroffenen Projektteilnehmer
- Erfahrung, Sachkunde, Verlässlichkeit und Finanzbeitrag des Projektantragstellers
- Umfang der Ergänzungen anderer Maßnahmen durch das Projekt, bezogen auf die Finanzierung des Gesamthaushaltes der EU bzw. deutscher Programme

Abschließend werden die von der Zuständigen Behörde ausgewählten Projekte vom Bundesministerium des Innern genehmigt. Danach sollen die Finanzhilfeentscheidungen im Dezember 2008/Januar 2009 in Form von Zuwendungsbescheiden erstellt werden.

Eine Gleichbehandlung von kommunalen Behörden und Nichtregierungsorganisationen wird gewährleistet. Beide unterliegen den selben Auswahlkriterien und Wettbewerbsregeln.

2.

„Zuständige Behörde fungiert als Durchführungsstelle“

Die Zuständige Behörde wird regelmäßig zusammen mit anderen nationalen Behörden Projekte durchführen. Es handelt sich durchweg um Aktionen der zwangsweisen Rückkehr.

Die Zuständige Behörde arbeitet dabei mit folgenden nationalen Behörden zusammen: Behörden des Bundes (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Bundespolizei) und Behörden der Länder (Länderpolizeien).

Die Zuständige Behörde wird hier zusammen mit den genannten Behörden als Projekt durchführende Stelle tätig, da auf grund der Projektmerkmale (erzwungene Rückkehr) keine andere Organisation/Stelle ausgewählt werden kann. Es liegt aufgrund der Projektmerkmale eine de-jure oder de-facto Monopolstellung vor oder es kommt aus Sicherheitsgründen keine andere Durchführungsoption in Betracht.

Aufruf zur Interessenbekundung:

Es erfolgt ein Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen wie folgt:

Die 5 Fachreferate der Abteilung 2 im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bundespolizeipräsidium) sowie die für die Länderpolizeien zuständigen Innenministerien der 16 Bundesländer werden – noch vor der öffentlichen, an die NGO's gerichteten Ausschreibung – in einem gezielten Rundschreiben zur Abgabe von Projektvorschlägen aufgerufen. Diese Projektvorschläge werden dann von der Zuständigen Behörde auf ihre Förderfähigkeit geprüft. In gemeinsamen Konsultationsrunden mit den Referatsleitern, den Gruppenleiterin 21 und dem Abteilungsleiter 2 des Bundesamtes, mit Vertretern der Bundespolizei und mit der „Arbeitsgemeinschaft Rückführung – AG Rück“ werden die Projektvorschläge diskutiert. Die geeigneten Projekte werden von dem Vergabeteam der Zuständigen Behörde nach den Gesichtspunkten Lage und Bedarf, Effektivität und Kom-

plementarität ausgewählt. Die Kofinanzierungsvereinbarungen erfolgen in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrages.

Die Begleitung, Steuerung und Überwachung solcher staatlichen Projekte werden von der zuständigen Behörde in besonders intensiver Form sicher gestellt. Jedes dieser staatlichen Projekte wird einer regelmäßigen Prüfung durch Vor-Ort-Besuche der Außendienstmitarbeiter unterzogen, die Besuche finden mindestens einmal jährlich statt. Die Projektausgaben aller staatlichen Projekte werden in vollem Umfang von den Teams „Buchprüfung“ 1) und 3) überprüft, es genügt also nicht eine Stichprobenprüfung.

Beschaffungsverfahren:

Wenn die zuständige Behörde als „executing body“ handelt, finden bei der Auftragsvergabe an Dritte Artikel 11 der Durchführungsbestimmungen der Kommission 2008/458/EG und die deutschen Vorschriften in der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) vom 17. September 2002 (Bundesanzeiger ISSN 0720-6100) Anwendung. Die Auftragsvergabe wird grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben, der Auftrag wird im Wettbewerb vergeben. Auf eine öffentliche Ausschreibung kann nur dann verzichtet werden, wenn für die Auftragsvergabe aus besonderen Gründen (z.B. besondere Erfahrungen, Zuverlässigkeit oder bestimmte Ausführungsarten) nur ein Unternehmen in Betracht kommt. Der Auftrag wird dann im Wege der freihändigen Vergabe vergeben, § 3 Ziff. 4 VOL)

2. ÄNDERUNGEN AN DEN VERWALTUNGS- UND KONTROLLSYSTEMEN

Die Aufgaben der „zuständigen Behörden“ aller drei Fonds (Flüchtlingsfonds, Rückkehrfonds und Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen) wurden vorerst durch einen „Aufbaustab Europäische Fondsverwaltung“ wahrgenommen. Der Aufbaustab war in der Abteilung 1 (Organisationsabteilung) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge angesiedelt. Er hat seine Tätigkeit zum 03.09.2007 aufgenommen und zum 31.12.2007 beendet.

Dem Aufbaustab ist darüber hinaus die Aufgabe übertragen worden, die gesamte EU-Fondsverwaltung im Bundesamt zu organisieren, also auch den organisatorischen Aufbau der Bescheinigungsbehörde und der Prüfbehörde.

Aus diesem Aufbaustab sind ab 01.01.2008 die entsprechenden Organisationseinheiten hervorgegangen, die als **zuständige Behörde** des jeweiligen Fonds fungieren. Diese sind der Abteilung 5 zugeordnet.

Die Aufgaben der **Bescheinigungsbehörde** nimmt ab dem 01.01.2008 zentral für alle Fonds Abteilungsleiterin 5 wahr. Die Aufgabentrennung wird dadurch gewahrt, dass Abteilungsleiterin 5 bei der Aufgabenerfüllung der zuständigen Behörde nicht mitwirkt, insbesondere auch bei der Vergabe der Fördergelder nicht (mit)entscheidet. Sie vergewissert sich, dass die Gemeinschaftsbestimmungen und die nationalen Haushaltsbestimmungen von der zuständigen Behörde beachtet werden.

Die **Prüfbehörde** wurde ab dem 01.01 2008 für alle Fonds zentral in Abteilung 1 eingerichtet.

Die Organisation für den ERF in der Übersicht:

Zuständige Behörde(n):	Referat „EU-Fonds – Zuständige Behörde“, Abteilung 5
Bescheinigungsbehörde:	Abteilungsleitung 5
Prüfbehörde:	Referat „EU-Fonds - Prüfbehörde“, Abteilung 1

Damit wird der von der EU-Kommission geforderten strikten Aufgabentrennung Rechnung getragen. Die funktionelle Unabhängigkeit der Prüfbehörde ist dadurch gewährleistet, dass zuständige Behörde und Bescheinigungsbehörde in einer anderen Abteilung angesiedelt sind.

Mit Mitteln des Europäischen Rückkehrfonds werden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und andere staatliche Behörden auf dem Feld der „Zwangsrückkehr“ selbst Projekte durchführen. Es handelt sich hier um eine aus einer ausschließlichen gesetzlichen Zuständigkeit erwachsene hoheitliche Aufgabenerfüllung, die eine „de jure bzw. de facto Monopolstellung“ begründet.

Die Überwachung und Steuerung solcher staatlichen Projekte werden von der zuständigen Behörde in besonders intensiver Form sicher gestellt. Jedes dieser staatlichen Projekte wird einer regelmäßigen Prüfung durch Vor-Ort-Besuche der Außendienstmitarbeiter und einer besonders genauen Prüfung der Verwendungsnachweise durch Mitarbeiter der Buchprüfung unterzogen.

3. DURCH DAS PROGRAMM IM RAHMEN DER GEWÄHLTEN PRIORITÄTEN ZU FÖRDERNDE MASSNAHMEN

Bisher wurde die Rückkehrförderung maßgeblich inhaltlich und finanziell durch die seit dem Jahr 1979 initiierten, inzwischen zusammengefassten Programme „Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany“ (REAG) und „Government Assisted Repatriation Programme“ (GARP) geprägt. Seit wenigen Jahren sind die Ausführung der Förderprogramme im Aufenthaltsgesetz gesetzlich geregelt und sowohl die Diskussionsgrundlage erweitert als auch die Handlungsaktivitäten ausgeweitet. Das findet in zunehmend mehr Bundesländern in Deutschland seinen konkreten (vor allem auch fiskalischen) Ausdruck in gezielten, das Angebot der Programme REAG/GARP ergänzenden, Konzepten, die damit auch eine gesteigerte Anreizwirkung erzeugen (könnten). Vor dem Hintergrund der diese Entwicklung ergänzenden neuen Chancen durch die EU-Fonds, respektive den ERF, eröffnen sich weitere Möglichkeiten – auch finanzieller Art. Mangels bisheriger Erfahrungswerte sind verlässliche Angaben zur Zeit nicht ohne einen gewissen Vorbehalt – bezüglich der weiteren Entwicklung – möglich.

Bezüglich eventueller näherer Einzelheiten und ausführlicher Beschreibung wird auf das Mehrjahresprogramm zum Europäischen Rückkehrfonds 2008 bis 2013 Bezug genommen.

3.1 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 1

Zur Priorität „*Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Rückkehrmanagementstrategie*“ zählt die Entwicklung eines integrierten Rückkehrmanagements in all seinen Aspekten der freiwilligen wie zwangsweisen Rückkehr. Die Gesamtstrategie bei dieser Priorität zielt auf eine effektive und dauerhafte Rückkehr ab. Unter Priorität 1 sind drei Maßnahmebereiche geplant:

3.1.1. Maßnahme 1)

Konzepte zur Verbesserung von Beratung und Information zu den Herkunftsländern

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Für die Entwicklung eines integrierten Rückkehrmanagements ist ein Konzept zur Verbesserung von Beratungs- und Informationsangeboten über die Rückkehrsituation in den Herkunftsländern erforderlich. Dadurch soll ggf. der Entschluss zu einer freiwilligen Rückkehr geweckt und erleichtert werden.

Gegenstand der Konzepte/Rückkehrpläne:

- Angebot von Informationen betreffend wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern
- Beratung und Information mit Hilfe moderner Technologie (Infosysteme, Hotlines)

- Festlegung von Beratungsstandards, um bundesweit ein stringentes, effizientes Beratungsangebot zu unterbreiten
- eine frühe Aufnahme der Beratung sollte intensiviert werden
- Verbesserung der Kommunikationswege zwischen Behörden und potentiellen Rückkehrern

2 Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es kann damit gerechnet werden, dass hier vor allem Anträge von den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden, daneben aber auch von mit der Rückführung befassten örtlichen/kommunalen Behörden.

- 3 Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Nicht zutreffend

4. Voraussichtliche quantifizierbare Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Der Bereich Perspektivenberatung und Informationsvermittlung an Rückkehrwillige wird einen großen Teil der Projektstätigkeit bestimmen. Für die diesbezügliche Konzeptionierung wird mit rund 5 bis 10 Projekten dieser Art gerechnet.

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Anzahl und Art der entwickelten Beratungsprogramme, die Anreize für die Rückkehr bieten
- Art der geschaffenen Instrumente der Zusammenarbeit
- Anzahl der Sitzungen/Kontakte der Einrichtungen
- Anzahl und Art der geschaffenen Strukturen der Zusammenarbeit
- Anzahl der durchgeführten Aktionen der freiwilligen Rückkehr

5. Sichtbarmachung der Förderung durch die EU-Kommission

Alle Informations- und Publizitätsaktivitäten über die EU-Förderung erfolgen vorrangig über das Internet. Hierzu hat die Zuständige Behörde auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge den Link EU-Fonds <http://www.bamf.de> eingerichtet. Hier bietet das Bundesamt Interessenten eine Plattform mit umfangreichen Informationen zur Beantragung von Projektvorhaben, Unterstützung durch Beratung bei der Projektplanung, -beantragung und -durchführung an.

Daneben erfolgen die klassische Pressearbeit sowie die Verteilung von Informationen über Printmedien.

Die Projektträger sind verpflichtet, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen von Projektmaßnahmen darüber zu informieren, dass die Maßnahme aus dem EU-Fonds kofinanziert wird. Hierüber werden die Projektträger bereits im Antragsverfahren, spätestens jedoch im Zuwendungsbescheid hingewiesen.

Die in Art. 32 der Durchführungsbestimmungen vorgesehene Information der Endbegünstigten ist Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

Um die EU-Förderung transparent darzustellen, haben alle Endbegünstigten die Möglichkeit, ihre Projekte mit Zielsetzungen und Ergebnissen der breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Die Zuständige Behörde trifft eine Auswahl der Best-Practice Projekte und veröffentlicht diese Projekte mit Textbeiträgen und Bildmaterial im Internet über die Homepage des Bundesamtes.

Die Mitarbeiter des Sachgebiets Projektcontrolling der Zuständigen Behörde sind für die Gestaltung und Durchführung von (Fach-) Tagungen, Podiumsdiskussionen, Gesprächskreisen und sonstigen Informationsveranstaltungen mit Projekt- und Maßnahmeträgern, Spitzen- und Dachverbänden, Ausländerbeauftragten der Länder und Vertretern von Kommunen und Landesministerien verantwortlich.

Sie nehmen an Netzwerktreffen auf allen hierarchischen Ebenen teil.

Für jedes Bundesland ist einmal pro Jahr eine Regionalkonferenz der Träger und Vertreter des jeweiligen Landes durch den zuständigen Mitarbeiter des Sachgebietes Projektcontrolling zu organisieren. Diese Informationsveranstaltung dient der Bekanntgabe der bisher erzielten Ergebnisse der jeweiligen Jahresprogramme und soll als Plattform für einen Erfahrungsaustausch der Projektträger untereinander genutzt werden.

Die Zuständige Behörde unterrichtet in ihrem EU-Fonds-Infobrief in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Sachstand, Aktivitäten und Projekte sowie über aktuelle Entscheidungen des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission.

Die Versendung des EU-Fonds-Infobriefes erfolgt ausschließlich in elektronischer Form. Die Mitarbeiter der Vergabestelle sind für die Registrierung interessierter Akteure in die Verteilerliste zuständig.

Alle Informations- und Publizitätsmaßnahmen, die sich an die Endbegünstigten, die potenziellen Endbegünstigten und die breite Öffentlichkeit richten, umfassen folgende Elemente:

1. das Emblem der Europäischen Union entsprechend den in Anhang 10 angegebenen grafischen Normen und einen Verweis auf die Europäische Union; 27.06.2008 DE Amtsblatt der Europäischen Union L 167/192
2. einen Verweis auf den Europäischen Rückkehrfonds
3. das Emblem des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bundesadler mit Stab in schwarz-rot-gold) mit dem Hinweis: „Gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus Mitteln der Europäischen Union“ mit Angabe des jeweiligen Fonds.

6. Gegebenenfalls Ergänzbare mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

In der Bundesrepublik Deutschland werden ab 01.01.2008 keine anderen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft eingesetzt – außer das noch fortlaufende Förderjahr 2007 Europäischer Flüchtlingsfonds II, das zum 31.12.2008 endet.

Die bisher geförderten Projektmaßnahmen des Europäischen Flüchtlingsfonds II betreffend Freiwillige Rückkehr werden im Rückkehrfonds ohne Veränderungen fortgeführt. Insoweit sei hingewiesen auf das Mehrjahresprogramm 2005 bis 2007 sowie auf das Jahresprogramm 2007 zum EFF II. Die Projektmaßnahmen des Rückkehrfonds betreffend freiwillige Rückkehr werden die Maßnahmen des Europäischen Flüchtlingsfonds II aus diesem Bereich ergänzen.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	502.100
davon EU-Beteiligung:	251.050
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	125.525
Zuwendung aus privaten Mitteln:	125.525

3.1.2. Maßnahme 2)

Konzepte zur Wiedereingliederung im Herkunftsland

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Für die Entwicklung eines integrierten Rückkehrmanagements ist ein Konzept zur Verbesserung der Reintegrationschancen nötig. Finanzielle Anreize und Hilfen bei der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung im Herkunftsland soll insbesondere die Nachhaltigkeit des Verbleibens in der Heimat fördern.

Gegenstand der Konzepte/Rückkehrpläne:

- Ausbau von Beratungs- und Betreuungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Herkunftsländern
- Installierung von Verbindungsbeamten zur Recherche und Unterstützung der Rückkehr in bestimmten Herkunftsländern
- Rückkehranreize durch finanzielle Hilfen und Fortbildungsangebote, die speziell der Existenzsicherung, der beruflichen Entfaltung dienen
- Finanzierung von medizinischen Behandlungskosten in den Herkunftsländern
- Soziale Beratung und psychologische Betreuung von Rückkehrern
- Kooperation mit den für Rückkehrerfragen zuständigen Behörden im Herkunftsland

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es kann damit gerechnet werden, dass hier vor allem Anträge von den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden, daneben aber auch von mit der Rückführung befassten örtlichen/kommunalen Behörden.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Nicht zutreffend

4. Voraussichtliche quantifizierbare Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Es wird mit rund 5 - 10 Projekten – überwiegend durchgeführt von kirchlichen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden – gerechnet.

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Anzahl der geförderten Projekte zur Unterstützung der Reintegration
- Anzahl der Beratungs- und sozialen Betreuungsstellen in den Herkunftsländern
- Anzahl der im Herkunftsland verbliebenen Rückkehrer
- Anzahl/Anstieg der geschaffenen Fortbildungs-/Ausbildungs-/Arbeitsplätze in den Herkunftsländern
- Rückgang der Zahl der erneuten Einreisen

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Wie oben 3.1.1.

6. Gegebenenfalls Ergänzenbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

In der Bundesrepublik Deutschland werden ab 01.01.2008 keine anderen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft im Bereich Reintegration eingesetzt – außer das noch fortlaufende Förderjahr 2007 Europäischer Flüchtlingsfonds II, das zum 31.12.2008 endet – siehe hierzu 3.1.1.

Die Projektmaßnahmen des Rückkehrfonds betreffend freiwillige Rückkehr werden die Maßnahmen des Europäischen Flüchtlingsfonds II aus diesem Bereich ergänzen.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	502.100
davon EU-Beteiligung:	251.050
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	125.525
Zuwendung aus privaten Mitteln:	125.525

3.1.3. Maßnahme 3): Spezifische Priorität Nr. 1.1. (Kofinanzierung zu 75 %) **Integrierte Rückkehrpläne zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr**

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Ziel ist eine zusätzliche Verbesserung der Rückkehrmanagementstrategie mit Schwerpunkt „freiwillige Rückkehr“.

Begründung für die Spezifische Priorität 1.1.:

Der „Freiwilligen Rückkehr“ soll Vorrang vor der „Zwangsweisen Rückkehr“ eingeräumt werden, die Zahl der freiwilligen Rückkehrer gesteigert, die der zwangsweise Zurückgeführten gesenkt werden. Eine solche Strategie beinhaltet alle Bereiche wie Beratung, Wiedereingliederung, Zusammenarbeit mit den Konsularstellen und Einwanderungsbehörden der Herkunftsländer etc.

Mit erhöhter Priorität soll eine höhere Wirksamkeit und Dauerhaftigkeit der Rückkehr erreicht werden, die Rückkehrpolitik soll effektiver gemacht werden.

Die erhöhte Wirksamkeit soll durch bessere Anreize für eine freiwillige Rückkehr erreicht werden, indem folgende Programme besonders gefördert werden:

- Programme zur Verbesserung der Beratung betreffend freiwillige Rückkehr und Verbesserung der Informationslage betreffend Herkunftsländer einschließlich Austausch von Erfahrungen bereits Zurückgekehrter an potentielle Rückkehrer
- Programme zu Wiedereingliederungsmaßnahmen für freiwillige Rückkehrer in ihrem Herkunftsland einschließlich Zusammenarbeit mit diplomatisch-konsularischen Vertretungen und/oder Migrationsbehörden

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es kann damit gerechnet werden, dass hier einerseits Anträge von den mit der Rückkehrförderung befassten Behörden auf Kommunalebene, den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Nicht zutreffend

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2008 wird in diesem Maßnahmenbereich mit ca. 10 geförderten Projekten gerechnet.

Um die Zielerreichung messbar zu machen, werden folgende Indikatoren eingesetzt werden:

- Anzahl der durchgeführten Aktionen der freiwilligen Rückkehr
- Anzahl der Rückkehrförderprogramme

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Wie oben 3.1.1.

6. Gegebenenfalls Ergänzung mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

In der Bundesrepublik Deutschland werden ab 01.01.2008 keine anderen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft im Bereich Reintegration eingesetzt – außer das noch fortlaufende Förderjahr 2007 Europäischer Flüchtlingsfonds II, das zum 31.12.2008 endet – siehe hierzu 3.1.1

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	920.517
davon EU-Beteiligung:	690.388
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	130.078
Zuwendung aus privaten Mitteln:	100.051

3.2. Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 2:

Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Rückkehrmanagementstrategie werden im Förderjahr 2008 nicht umgesetzt.

3.3 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 3

3.3.1. Maßnahme 4)

Innovative Projekte des Rückkehrmanagements

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Ziel ist eine Verbesserung der Rückkehrmanagementstrategie durch ein Bündel von innovativen nationalen und internationalen Instrumenten des Rückkehrmanagements. Bei den Maßnahmeträgern soll darauf hin gewirkt werden, dass sie mittels Entwicklung und Umsetzung innovativer Projektideen dem Rückkehrmanagement besondere Impulse geben und insofern zu dessen Erfolg maßgeblich beitragen. Solche Projektideen können sich auf alle oben genannte Bereiche wie Beratung, Wiedereingliederung, Zusammenarbeit mit den Konsularstellen und Einwanderungsbehörden der Herkunftsländer beziehen

Dabei sollen folgende einzelnen Maßnahmenschritte unternommen werden:

- Innovative Projekte zur Verbesserung von Rückkehrberatung und Informationslage betreffend Herkunftsländer
- Weitergabe von Erfahrungen bereits Zurückgekehrter an potentielle Rückkehrer
- Innovative Projekte zu Wiedereingliederungsmaßnahmen für Rückkehrer in ihrem Herkunftsland
- Innovative Projekte zu Methoden der Zusammenarbeit mit diplomatisch-konsularischen Vertretungen und/oder Migrationsbehörden

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es kann damit gerechnet werden, dass hier einerseits Anträge von den mit der Rückkehrförderung befassten Behörden auf Kommunalebene, den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden.

- ###### **3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden**

Nicht zutreffend

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2008 wird in diesem Maßnahmenbereich mit ca. geförderten 15 bis 20 Projekten gerechnet.

Um die Zielerreichung messbar zu machen, werden folgende Indikatoren eingesetzt werden:

- Anzahl und Art der Informationskampagnen
- Anzahl der verteilten Merkblätter/Broschüren
- Anzahl der Rückkehrberater in den Rückkehrstellen
- Anzahl und Art der konzipierten innovativen Initiativen
- Anzahl der Rückkehrer, die die innovativen Programme nutzen
- Anzahl der veranstalteten Ausbildungs- und Wiedereingliederungsseminare
- Anzahl/Anstieg der innovativen Fortbildungs-/Ausbildungs-/Arbeitsplätze
- Anzahl der Rückkehrer unter Nutzung von (neu) geschaffenen Arbeitsstrukturen
- Anzahl der Kontakte zwischen potentiellen Rückkehrern und maßgeblichen Beteiligten (soziale Dienste, Berater etc.)

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Wie oben 3.1.1.

6. Gegebenenfalls Ergänzenbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

In der Bundesrepublik Deutschland werden ab 01.01.2008 keine anderen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft im Bereich Reintegration eingesetzt – außer das noch fortlaufende Förderjahr 2007 Europäischer Flüchtlingsfonds II, das zum 31.12.2008 endet – siehe hierzu 3.1.1.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	2.028.772
davon EU-Beteiligung:	1.014.386
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	664.792
Zuwendung aus privaten Mitteln:	349.594

3.3.2. Maßnahme 5) Spezifische Priorität 3.1. (Kofinanzierung 75%)

Besonders innovative Maßnahmen zur spürbaren Steigerung der freiwilligen Rückkehr

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Ziel ist eine zusätzliche punktuelle Verbesserung der Rückkehrmanagementstrategie durch besonders innovative Einzelmaßnahmen des Rückkehrmanagements.

Begründung für die Spezifische Priorität 3.1 :

Mittels Entwicklung und Umsetzung besonders innovativer Projektideen sollen dem Rückkehrmanagement auch besondere Impulse gegeben und insofern zu einer spürbaren Steigerung der Zahl der freiwilligen Rückkehr unter Achtung der Würde des Einzelnen erhöhen. Der Vorrang der freiwilligen Rückkehr vor der zwangsweisen Rückkehr soll dadurch besonders unterstrichen werden

- Besonders innovative Projekte zur Verbesserung von Rückkehrberatung
- Besonders innovative Anreize mit dem Ziel, die Zahl der freiwilligen Rückkehr unter Achtung der Würde des Einzelnen zu erhöhen

2 Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es kann damit gerechnet werden, dass hier einerseits Anträge von den mit der Rückkehrförderung befassten Behörden auf Kommunalebene, den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Nicht zutreffend

4 Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2008 wird in diesem Maßnahmenbereich mit ca. geförderten 10 bis 15 Projekten gerechnet.

Um die Zielerreichung messbar zu machen, werden folgende Indikatoren eingesetzt werden:

- Anzahl und Art der Informationskampagnen/Merkblätter/Broschüren
- Anzahl und Qualifikation der Rückkehrberater
- Anzahl der freiwilligen Rückkehrer unter Nutzung von (neu) geschaffenen innovativen Strukturen
- Umfang der geleisteten materiellen Unterstützung (Geldmittel, Mikrokredite, Ausbildungsmaßnahmen etc.)

5 Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Wie oben 3.1.1.

6. Gegebenenfalls Ergänzenbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

In der Bundesrepublik Deutschland werden ab 01.01.2008 keine anderen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft im Bereich Reintegration eingesetzt – außer das noch fortlaufende Förderjahr 2007 Europäischer Flüchtlingsfonds II, das zum 31.12.2008 endet – siehe hierzu 3.1.1.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	1.397.515
davon EU-Beteiligung:	1.048.136
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	174.690
Zuwendung aus privaten Mitteln:	174.689

3.3.3. Maßnahme 6)

Verbesserung der Kooperation mit dem Herkunftsstaat Nigeria zwecks Identifizierung und ggf. Beseitigung Personen bezogener Rückführungshindernisse

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Für die Entwicklung eines integrierten Rückkehrmanagements ist auch eine Verbesserung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten zwecks Identifizierung und ggf. Beseitigung personenbezogener Rückführungshindernisse nötig. Auch die Zusammenarbeit bei den Rückkehraktionen selbst ist zu fördern und zu verbessern. Um hierzu ausreichende Erfahrungen zu gewinnen, soll ein Pilotprojekt bezüglich Nigeria durchgeführt werden. Dabei sollen folgende einzelnen Maßnahmen Schritte unternommen werden:

- Intensivierung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Migrationsbehörden, Botschaften und Konsulaten zur Etablierung stabiler operativer Arbeitsbeziehungen (vorliegend Pilotprojekt betreffend Nigeria)
- Problembereich Identifizierung und Passbeschaffung - Beweismittelanforderungen der diplomatisch-konsularischen Vertretungen reduzieren, operative Einbindung der Migrationsbehörde in den Prozess der Identifizierung und Beschaffung von Heimreisedokumenten (vorliegend Pilotprojekt Nigeria)
- In Zusammenarbeit mit den Migrationsbehörden, Botschaften und Konsulaten Erarbeitung und Vereinbarung bester Praktiken im Hinblick auf die Ausstellung von Heimreisedokumenten sowie die Durchführung von Rückführungsmaßnahmen
- integrierte Rückkehrpläne zur Unterstützung der Rückkehr von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, die nicht unter ein Rückübernahmeabkommen der Gemeinschaft oder ein nationales bilaterales Rückübernahmeabkommen fallen, in die Herkunfts- oder

Transitländer bzw. die Länder des vorherigen Aufenthaltes, mit denen sich eine Zusammenarbeit in Rückkehrfragen besonders schwierig gestaltet

- In Zusammenarbeit mit den Migrationsbehörden, Botschaften und Konsulaten Erarbeitung und Vereinbarung von Möglichkeiten der operativen Zusammenarbeit bei der Durchführung von Rückführungsmaßnahmen

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Für die Umsetzung dieser Maßnahme kommt die Bundespolizei in Betracht

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Die Zuständige Behörde führt dieses Projekt zusammen mit der Bundespolizei durch. Auf Grund der Projektmerkmale kann keine andere Stelle/Organisation ausgewählt werden, die dieses Projekt durchführen könnte.

Die De-jure-Monopolstellung wird wie folgt begründet:

Für die Vollstreckung der Abschiebung (Rückführung) sind sowohl die Polizeien der Länder als auch die Bundespolizei zuständig. Die Landespolizei leistet in der Regel Vollstreckungshilfe und verbringt den Ausländer zur Grenze bzw. an den Flughafen. Dort wird der Ausländer von der Bundespolizei übernommen, die dann die weitere Rückführung übernimmt (§ 71 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG)

Die Bundespolizei ist im Wege der Amtshilfe gemäß § 71 Abs. 3 Nr. 7 AufenthG zuständig für die Beschaffung von Heimreisedokumenten, und zwar u. a. für 13 afrikanische Staaten, darunter Nigeria

In ihrer Eigenschaft als Koordinierungsstelle des Bundes für Rückführungsangelegenheiten führt das Bundespolizeipräsidium zudem folgende konkrete Maßnahmen durch:

- die Planung, Koordinierung und Durchführung von Maßnahmen der Passersatzbeschaffung
- die Planung, Koordination und Durchführung von begleiteten Rückführungen mittels Linienflug
- die Planung, Koordination und Durchführung von nationalen und internationalen Sammelflügen
- die Erarbeitung grundlegender Konzeptionen in operativen Rückführungsangelegenheiten
- die Entwicklung und Überwachung von Standards in Rückführungsangelegenheiten
- internationale Zusammenarbeit, dabei Kontaktstelle des Bundes für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und so genannter „Direct Contact Point“ für die Europäische Grenzschutzagentur Frontex in administrativen und operativen Rückführungsangelegenheiten.

Eine De-jure-Monopolstellung der Bundespolizei ist also gegeben. Eine Projektdurchführung durch Nichtregierungsorganisationen ist de jure und de facto ausgeschlossen.

4. Voraussichtliche quantifizierbare Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Es handelt sich hier um das erste „Pilotprojekt“.

Mehr als 4 000 Anträge auf Passersatzbeschaffung betreffend nigerianische Staatsangehörige sind noch offen. Angaben dazu, in welcher Größenordnung diese Anträge positiv erledigt werden könnten, wären spekulativ und unterbleiben daher.

Im Wesentlichen werden folgende Indikatoren eingesetzt werden, um die Zielerreichung messbar zu machen:

- Anzahl der Kontakte mit den Einwanderungsbehörden, Konsulaten und Botschaften
- Anzahl der bei den diplomatisch-konsularischen Vertretungen erreichten Identitätsfeststellungen und Passausstellungen
- Anzahl und Art der geschaffenen Strukturen der Zusammenarbeit
- Anzahl durchgeführter Rückführungsmaßnahmen

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Wie oben 3.1.1.

6. Gegebenenfalls Ergänzung mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

In der Bundesrepublik Deutschland werden ab 01.01.2008 keine anderen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft in der Zusammenarbeit mit Herkunftsländern eingesetzt

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	412.000.- EURO
davon EU-Beteiligung:	206.000.- EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	206.000.- EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	--- EURO

3.4 Maßnahmen zur Umsetzung der Priorität 4:

3.4.1. Maßnahme 7)

Fortbildung und Evaluierung

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Ziel ist eine Verbesserung in der Anwendung der Gemeinschaftsnormen und eine Verbesserung in der praktischen Arbeit durch Lernen aus Best-Practice-Beispielen

Als Maßnahmen kommen hier in Betracht Fortbildungs- und Vernetzungsprojekte betreffend Erlernen von Gemeinschaftsnormen und Best-Practice-Beispielen. Es sind im Wesentlichen folgende Maßnahmenschritte:

- Ausbau aller benötigten Kapazitäten innerhalb der fraglichen Behörden in qualitativer und quantitativer Hinsicht zur besseren Umsetzung von Gemeinschaftsnormen
- effiziente Schulung, Aus- und Fortbildung zu Gemeinschaftsnormen
- sach- und zielgerichtete Verbesserung der Zusammenarbeit durch größtmögliche Akzeptanz der besten Erfahrungen und Praktiken
- Kontaktaufnahme zu Rückkehrwilligen/ tatsächlich Zurückgekehrten und weiteres Monitoring der Rückkehrprojekte

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es kann damit gerechnet werden, dass hier einerseits Anträge von den mit der Rückkehrförderung befassten Behörden auf Kommunalebene, den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden.

- ###### **3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden**

Nicht zutreffend

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2008 wird in diesem Maßnahmenbereich mit ca. 10 geförderten Projekten gerechnet.

Als Indikatoren kommen in Betracht:

- Anzahl der Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen sowie der Teilnehmer daran
- Anzahl der durchgeführten Erkundungsmissionen und Bewertungen

- Anzahl der im Rahmen von Monitoring kontaktierten Rückkehrwilligen und der in ihre Herkunftsländer tatsächlich zurück gekehrten Personen
- Anzahl der vorgenommenen Bewertungen
- Umfang der Verbreitung von Ergebnissen
- Anzahl der bewährten Praktiken, die mit anderen Mitgliedstaaten ausgetauscht oder im Rahmen eines Erfahrungsaustausches übernommen wurden.

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Wie oben 3.1.1.

6. Gegebenenfalls Ergänzenbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

In der Bundesrepublik Deutschland werden ab 01.01.2008 keine anderen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft in diesem Maßnahmenbereich eingesetzt – außer das noch fortlaufende Förderjahr 2007 Europäischer Flüchtlingsfonds II, das zum 31.12.2008 endet – siehe hierzu 3.1.1.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	800.540
davon EU-Beteiligung:	400.270
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	250.150
Zuwendung aus privaten Mitteln:	150.120

4. Technische Hilfe

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird zur Durchführung der Entscheidung Nr. 575/2007/EG vom 23. Mai 2007 seine Zuständigkeit gemäß Art. 26 f nicht auf eine andere öffentliche Verwaltungsstelle oder Nichtregierungsorganisation (eine sog. „beauftragte Behörde“, vgl. Art. 28 der Entscheidung) übertragen.

4.1 Zweck der technischen Hilfe

Zum Zwecke der Durchführung der Entscheidung Nr. 575/2007/EG vom 23. Mai 2007 wird die administrative/ technische Unterstützung für folgende Arbeitsschritte eingesetzt werden:

Öffentliche Ausschreibung

Zur Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibung sind Antragsformulare zu erarbeiten, ebenso ein Leitfaden zum Ausfüllen der Projektanträge. Der Ausschreibungstext wird zu erstellen und im Bundesanzeiger zu veröffentlichen sein. Mit öffentlichen Informationsschreiben werden potentielle Finanzhilfeempfänger rechtzeitig auf die Ausschreibung hingewiesen werden.

Antragsbearbeitung:

Die Anträge auf Zuwendungen aus dem Europäischen Rückkehrfonds werden vom Bundesamt im Hinblick auf ihre Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit zu überprüfen sein. Soweit Zweifel an der Zuverlässigkeit der Angaben von Bewerbern bestehen und/oder das Projekt mit anderen regionalen, nationalen und gemeinschaftlichen Instrumenten nicht vereinbar ist und/oder eine Doppelfinanzierung vorliegt, ist der Antrag des Bewerbers abzulehnen. Auf eine konzeptionelle Abstimmung zwischen den Projektbeschreibungen der Bewerber und dem Mehrjahresprogramm/Jahresprogramm ist zu achten.

Auswahl der Projekte und Gewährleistung der Transparenz des Verfahrens.

Die Projekte werden von einem eigens dafür bestimmten Vergabeteam ausgewählt werden. Die auszahlende Stelle arbeitet hiervon getrennt.

Verwaltung, Begleitung, Überwachung, Rechnungsprüfung und Bewertung der Projekte:

Das vorgesehene Instrumentarium für die Überwachung und Bewertung von Einzelmaßnahmen besteht, neben denkbaren (weiteren) Festlegungen in einer Förderrichtlinie in kurzfristig vorgenommenen Vor-Ort-Kontrollen und Zwischenberichten. Alle Projekte sollen im Förderzeitraum mindestens einmal auf Inhalte, Zielsetzungen, Effizienz und Nachhaltigkeit von der zuständigen Behörde überprüft werden. Dies soll im Regelfall auch durch Vor-Ort-Besuche ergänzt werden.

Die buchtechnische Prüfung erfolgt anhand der von den Zuwendungsempfängern zu übersendenden Verwendungsnachweise (Sachbericht, zahlenmäßiger Nachweis).

Dazu kommt die kassenmäßige Abwicklung, die sich auf die Vorarbeiten der Kontrolle stützt. Erst nach Zahlungsfreigabe dürfen dann die EU-Mittel an die Projektträger ausgezahlt werden.

Bei Änderungen im Projektverlauf und geänderten finanziellen Verhältnissen hat der Zuwendungsempfänger nach den förderrechtlichen Bestimmungen, die Bestandteil des Zuwendungsbescheides werden, umfangreiche Mitteilungspflichten, die der Zuständigen Behörde eine stete Kontrolle und Bewertung erlauben, mit der möglichen Folge, dass bei einem Verstoß gegen die Mitteilungspflichten der Bewilligungsbescheid auch mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen werden kann bzw. gemäß einer auflösenden Bedingung unwirksam wird.

Die Evaluation der Projekte wird voraussichtlich an ein unabhängiges externes wissenschaftliches Institut vergeben werden, und zwar im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung. Die Höhe der Kosten dieser Maßnahme wird den Grundsätzen der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung folgen.

Qualitätsmanagement und Nachhaltigkeitsprüfung

Die potentiellen Finanzhilfeempfänger werden von Beginn der Projektdurchführung an zielführend begleitet und in verschiedenen Veranstaltungen des Bundesamtes zum Erfahrungsaustausch gebeten sowie durch best-practice-Beispiele informiert und instruiert werden.

Darüber hinaus ist eine Vielzahl von individuellen Beratungsgesprächen intendiert. Hierbei werden innovative Ideen (weiter-)entwickelt und Impulse für neue Projekte können vermittelt werden.

Außerdem wird anlässlich der „Besuche“ der Projekte eine Nachhaltigkeitsprüfung stattfinden, um insbesondere den Mehrwert für den Drittstaatsangehörigen / sonstigen Projektbegünstigten zu ermitteln. Mit den Qualitäts- und Nachhaltigkeitsprüfungen werden sowohl die Außendienstmitarbeiter als auch die Mitarbeiter in der „Zuständigen Behörde“ in ihren jeweiligen räumlichen Zuständigkeitsbereichen betraut werden.

4.2 Voraussichtliche, quantifizierbare Ergebnisse

Bei einem Jahresbudget für 2008 von rund 4 Mio. EUR wird mit ca. 50-70 zu fördernden Projekten gerechnet.

Alle Projekte werden im Förderzeitraum mindestens einmal persönlich auf Inhalte, Zielsetzungen, Effizienz und Nachhaltigkeit kontrolliert werden (Audit, Nachprüfungen)

Die buchtechnische Prüfung jedes Projektes wird anhand der übersandten Rechnungen, Buchungsbelege etc. (Sachbericht und Ausgabenbelege) erfolgen. Hierbei werden die angefallenen Personalkosten betreffend aller zu fördernden ca. 35 – 40 Projekte zu prüfen sein; bei weiteren 20 - 30 % soll eine volle Prüfung aller angefallenen Projektausgaben durchgeführt werden.

Dazu kommt die kassenmäßige Abwicklung, die sich auf die Vorarbeiten der Kontrolle stützt und wobei Auszahlungen der EU-Mittel an die Finanzhilfeempfänger nur auf Grund von Zahlungsfreiheiten vorgenommen werden dürfen.

An Kostenposten werden anfallen: Personalkosten, Ausgaben für die bürotechnische Ausstattung (Raum- und IT-Ausstattung), Reisekosten zu den Finanzhilfeempfängern sowie zu den Ausschusssitzungen nach Brüssel an, wobei jene Reisekosten, die schon von der Kommission erstattet werden, nicht förderfähig sein werden.

Außerdem fallen jedenfalls an die Kosten für Diensthändies, Bewirtungen anlässlich Veranstaltungen, Übersetzungskosten und die Kosten für die externe Evaluierung.

Alle Vorschriften, die für die öffentliche Ausschreibung von Leistungen (insbesondere betreffend externe Evaluierung) gelten, werden eingehalten.

Personalausgaben in Bezug auf Vergütung, einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge, sind unter den nachfolgenden Voraussetzungen förderungsfähig:

Alle Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind Dauerbedienstete. Sie erhalten durch das Bundesamt (Personal führende Stelle) mittels Personalverfügung die Abordnung / Zuweisung für die Aufgabenerledigung im Rahmen des Europäischen Rückkehrfonds. Die „Zuständige Behörde“ verfügt danach den Einsatz im zugewiesenen (internen) Sachgebiet.

Hinsichtlich der Zahl der einzusetzenden Bediensteten wird von folgender überschlägigen Einschätzung ausgegangen:

Verwaltung (inkl. Projektvergabe)

2 Vollzeit-Bedienstete (gehobener Dienst)

1 Vollzeit-Bedienstete/r (mittlerer Dienst)

Außendienstmitarbeiter (Projektcontrolling)

2 Vollzeit-Bedienstete (gehobener Dienst)

Buchprüfung

2 Vollzeit-Bedienstete (mittlerer Dienst)

Finanztechnische Abwicklung

1 Teilzeit-Bedienstete/r (gehobener Dienst)

Sämtliche Bediensteten erfüllen die Bedingungen, die in der Entscheidung der Kommission Nr. 2008/458/EG mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 575/2007/EG in Bezug auf die Förderfähigkeit von Ausgaben im Rahmen von Aktionen, die aus dem Europäischen Rückkehrfonds kofinanziert und in den Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Es handelt sich um Dauerbedienstete, die vorübergehend entsprechend ordnungsgemäßer Entscheidung zu der „Zuständigen Behörde“ und zur Wahrnehmung der oben zu 4.1. dargestellten Aufgaben abgeordnet wurden. Deren Abordnungs- bzw. Beschäftigungsdauer überschreitet nicht den Schlusstermin für die Förderfähigkeit der Ausgaben, der in der von der Kommission genehmigten Kofinanzierungsentscheidung festgelegt wird. Es ist davon auszugehen, dass die technische Hilfe in Höhe von 7 % des nationalen Jahresbudgets 2008 zuzüglich 30.000.-EUR für den Europäischen Rückkehrfonds ausgeschöpft werden wird.

4.3 Sichtbarkeit der Förderung durch die Europäische Kommission

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird alle potentiellen Interessenten von Finanzhilfeeleistungen im Rahmen des Europäischen Rückkehrfonds (Dachverbände, Institute, staatliche und nicht staatliche Einrichtungen, NGOs) mittels InfoBriefes und ständiger Aktualisierung der Internetseiten über Entwicklungen und Neuerungen des Europäischen Rückkehrfonds unterrichten.

Darüber hinaus beabsichtigt das Bundesamt, regelmäßige Informationstreffen und Tagungen zu initiieren, bei denen eine Zusammenarbeit und Vernetzung der vorgenannten Interessenten ermöglicht wird. Im Rahmen der Projektkontrollen (Audit) werden alle Projektträger verpflichtet, die Quellen der Kofinanzierung aufzuzeigen.

Die Antragsunterlagen der Zuständigen Behörde sowie alle sonstigen Veröffentlichungen werden jeweils – entsprechend dem von der Kommission übermittelten Musterentwurf – die Aufforderung zur Sichtbarmachung der Kofinanzierung im Rahmen des Europäischen Rückkehrfonds enthalten.

Die Vorgaben des Artikel 33 der Durchführungsbestimmungen 2007/458/EG werden umgesetzt.

Art. 33 Abs. 1:

Alle Informations- und Publizitätsaktivitäten über die EU-Förderung erfolgen vorrangig über das Internet. Hierzu hat die Zuständige Behörde auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge den Link EU-Fonds <http://www.bamf.de> eingerichtet. Hier bietet das Bundesamt Interessenten eine Plattform mit umfangreichen Informationen zur Beantragung von Projektvorhaben, Unterstützung durch Beratung bei der Projektplanung, -beantragung und -durchführung an.

Art. 33 Abs. 2:

Für jedes Bundesland ist einmal pro Jahr eine Regionalkonferenz der Träger und Vertreter des jeweiligen Landes zu organisieren. Diese Informationsveranstaltung dient der Bekanntgabe der bisher erzielten Ergebnisse des Mehrjahresprogramms und der jeweiligen Jahresprogramme und soll als Plattform für einen Erfahrungsaustausch der Projektträger untereinander genutzt werden.

Die Zuständige Behörde unterrichtet in ihrem EU-Fonds-Infobrief in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Sachstand, Aktivitäten und Projekte sowie über aktuelle Entscheidungen des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission.

Die Versendung des EU-Fonds-Infobriefes erfolgt ausschließlich in elektronischer Form. Die Mitarbeiter der Vergabestelle sind für die Registrierung interessierter Akteure in die Verteilerliste zuständig.

Art. 33 Abs. 3:

Jährlich wird ein Verzeichnis der Projektträger mit den Projektbezeichnungen und den Beträgen veröffentlicht, die diesen zugewendet werden. Dies geschieht auf der website des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge www.bamf.de.

Die Internet-Adresse wird der Kommission mitgeteilt.

Die Kosten der Umsetzung der Maßnahmen nach Art. 33 werden aus der technischen Unterstützung finanziert.

5. ENTWURF FINANZPLAN

Jahresprogramm – Entwurf Finanzplan Tabelle 1 – Übersichtsplan								
Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland								
Betroffenes Jahresprogramm : 2008								
Fonds: Europäischer Rückkehrfonds								
	Bezogen auf Priorität	Bezogen auf spezielle Priorität ⁽¹⁾	Gemeinschafts- beitrag	Zuwendung aus öffentlichen Mitteln	Zuwendung aus privaten Mitteln	Gesamt	% ERF- Mittel	Anteil ERF- Mittel an Gesamt- summe ERF-Mittel
			(a)	(b)	(c)	(d=a+b+c)	(e= a/d)	(d / d gesamt)
Maßnahme 1:	1	-	251.050	125.525	125.525	502.100	50%	6,0 %
Maßnahme 2:	1	-	251.050	125.525	125.525	502.100	50%	6,0 %
Maßnahme 3:	1	1	690.388	130.078	100.051	920.517	75%	16,5 %
Maßnahme 4:	3	-	1.014.386	664.792	349.594	2.028.772	50%	24,2 %
Maßnahme 5:	3	1	1.048.136	174.690	174.689	1.397.515	75%	25,1 %
Maßnahme 6:	3	---	206.000	206.000	---	412.000	50%	4,9 %
Maßnahme 7:	4	---	400.270	250.150	150.120	800.540	50%	9,6 %
Technische Hilfe	---	---	322.891			322.891	100%	7,7 %
GESAMT	./.	./.-	4.184.171	1.676.760	1.025.504	6.886.435		100 %

(1)

falls zutreffend

(2)

gegebenenfalls im Basisrechtsakt festgelegte spezifische Maßnahmen, beispielsweise Sofortmaßnahmen

(Unterschrift der verantwortlichen Person)